

RT DE: News, Analyse und Meinung

Artikel der Woche, 01.12.–07.12.2023

Inhaltsübersicht

| | |
|--------------|----|
| News..... | 1 |
| Analyse..... | 9 |
| Meinung..... | 21 |

News

Schoigu: Kiew verliert bei Gegenoffensive mehr als 125.000 Mann und 16.000 Waffensysteme

<https://freedert.online/europa/188643-schoigu-kiew-verliert-bei-gegenoffensive/>

01.12.2023

Russlands Verteidigungsminister Sergei Schoigu hat am Freitag berichtet, dass die Ukraine in den vergangenen sechs Monaten der Gegenoffensive schwere Verluste erlitten habe. Insgesamt habe Kiew nach seinen Angaben mehr als 125.000 Soldaten und 16.000 Waffensysteme verloren.

Kiew habe in den vergangenen sechs Monaten schwere Verluste erlitten, berichtete der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu bei einer Sitzung am Freitag. Insgesamt habe die ukrainische Armee mehr als 125.000 Soldaten und 16.000 Waffensysteme verloren.

Die allgemeine Mobilmachung, die Lieferung westlicher Waffen und der Einsatz strategischer Reserven hätten die Lage auf dem Schlachtfeld nicht verändert, sondern nur die Verluste erhöht.

Die russischen Truppen fügten den ukrainischen Streitkräften erheblichen Schaden zu, was deren Kampffähigkeit verringere, so der Minister. Die russische Armee nehme eine vorteilhaftere Position ein und erweitere ihren Kontrollbereich in alle Richtungen. "Wir werden die aktive Verteidigung

fortsetzen und das Kampfpotential der Streitkräfte unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus der Sondereinsatzoperation erhöhen", zitiert ihn die Agentur *Interfax*.

Zuletzt hatte Schoigu im September über die Verluste der ukrainischen Armee gesprochen. Damals bezifferte er sie auf 66.000 Soldaten und 7.600 Einheiten an Militärgerät. Zu den Verlusten der russischen Streitkräfte machte er keine Angaben.

* * *

Film über legendären sowjetischen Torwart gewinnt Filmpreis in Italien

<https://freedert.online/international/188546-film-ueber-legendaeren-sowjetischen-torwart/>

02.12.2023

Ein ungewöhnlicher Sieg für die heutige Zeit: Beim italienischen Sportfilmfestival hat ein russischer Film gewonnen. Dabei geht es um eine Legende des sowjetischen Sports – den Torwart des Dynamo-Teams, Lew Jaschin.

Ein Film über den legendären sowjetischen Torwart Lew Jaschin hat den Hauptpreis des Sportfilmfestivals in Italien gewonnen, wie auf der Website des Festivals zu lesen ist. Die Zeitung *Palermo Today* berichtet ebenfalls darüber.

Auf der Website des Festivals heißt es:

"Der Film 'Lew Jaschin. Ein Traum-Torwart' unter der Regie von Wassili Tschiginski wurde mit dem Goldenen Paladin für den besten Film ausgezeichnet. Der Film war auch in den Preiskategorien 'Beste Kameraarbeit' und 'Beste Regie' unter den Nominierten."

Der Film nahm am jährlichen Paladino d'Oro Sport Film Festival teil. Für das Festival wurden insgesamt 150 Beiträge aus 39 Ländern eingereicht, darunter Kurzfilme, Spielfilme, Filme über die Olympischen und Paralympischen Spiele sowie über Fußball und Cybersport.

Lew Jaschin war ein legendärer sowjetischer Torhüter, der für die Nationalmannschaft der UdSSR spielte. Als einziger Torwart, der mit dem Goldenen Ball ausgezeichnet wurde, war er ein begehrter Spieler in jeder Mannschaft, sogar bei Real Madrid, wollte aber nur für Dynamo Moskau spielen. Die herausragende Eigenschaft des Fußballers war seine Fähigkeit, das Spiel zu "lesen", so die Experten. Sein Können versetzte die Stürmer in große Ehrfurcht, sodass es nicht viele Wagemutige gab, die versuchten, Jaschins Abwehr zu durchbrechen.

Das biografische Filmwerk über die Legende des sowjetischen und des Weltfußballs umfasst mehr als 20 Jahre der Karriere des Sportlers. Besonderes Augenmerk legten die Macher auf die Persönlichkeit Jaschins und auf Details seiner Biografie, die nichts mit Fußball zu tun haben.

Walentina Jaschina, die Witwe des Sportlers, war an der Erstellung des Drehbuchs beteiligt. Sie erzählte viele Details aus dem Leben ihres Mannes und nahm auch Änderungen an der endgültigen Fassung des Drehbuchs vor, so die Medien. Jaschina war auch bei den Dreharbeiten anwesend und hat den Schauspieler, der den legendären Torwart im Film verkörpert, als Bewerber für diese Rolle bestätigt, schreibt das Portal *News.ru*.

An den Dreharbeiten war auch Jaschins Enkel, der Profi-Torwart Wassili Frolow, beteiligt. Er hat vor allem den Darsteller der Hauptrolle, Alexander Fokin, und andere Sportler auf der Leinwand in Fragen der genauen Darstellung des Fußballs im Kino beraten. Die historische Authentizität war überhaupt eine der Prioritäten der Filmemacher. Selbst die im Film dargestellten Episoden von

Kämpfen in den Fußballstadien sind minutengenaue Nachstellungen echter Spiele. Vielleicht sind die Sportszenen deshalb so mitreißend: Sie zeigen sowohl die Begeisterung der Fans als auch die Stimmung der Sportler bei den Spielen.

Daher ist der Film sehr authentisch geworden. Vielleicht ist das der Grund, warum die Enkelin des legendären Torwarts, Natalja Wjalzewa, nach der Premiere in einem Interview mit der Zeitung *Komsomolskaja Prawda* sagte:

"Ich bin so begeistert! Dieser Film geht auf wahre Begebenheiten zurück. Ich kenne alle Geschichten, die dort gezeigt werden. Ich habe sie von meiner Großmutter und mehrmals von meinen Eltern gehört. Das alles ist mit einer Vielzahl von Fotos und Videos belegt."

Der Film wurde im Jahr 2019 in Russland uraufgeführt – und erhielt sofort die Zustimmung und Unterstützung von Veteranen des russischen Sports, darunter Jaschins Partner bei Spielen für den Verein und die Nationalmannschaft der Sowjetunion, sowie von zahlreichen Fans des Dynamo-Vereins.

Und nun ist der Film international anerkannt – trotz des Boykotts gegen Russland und der Sanktionen gegen die russische Kultur. Der Sportjournalist Grigori Jenikolopow analysiert für das russische Internet-Portal Absatz den Erfolg des Films auf dem italienischen Festival:

"In den Zeiten der Sanktionen ist jede Anerkennung von etwas Russischem durch andere Länder doppelt wertvoll. Besonders erfreulich ist, dass es sich um den großen Lew Iwanowitsch handelt, der immer noch der beste Torwart der Welt ist und als einziger unter den Torhütern den Goldenen Ball gewonnen hat."

Wie groß die Persönlichkeit Jaschins ist, zeigt auch die Tatsache, dass die vom Internationalen Fußballverband (FIFA) ins Leben gerufene Auszeichnung für den besten Torhüter des Jahres im Weltfußball seit dem Jahr 2019 nach ihm benannt ist."

Es wäre ein Sakrileg, die Erinnerung an diejenigen auszulöschen, die in der Geschichte des Weltfußballs Spuren hinterlassen haben. Die Jury des italienischen Festivals hat das sehr gut verstanden, wahrscheinlich trotz des Drucks aus dem Westen. Schließlich ist dies ein Film über einen sowjetischen Torhüter, einen Patrioten seines Heimatlandes, der sich nicht an jenen Westen verkauft hat, der heute Russland auslöscht, wo immer er kann."

Jenikolopow erinnert sich an eine Geschichte, als man Jaschin zu einem Wechsel zu Real Madrid überreden wollte und ihm sagenhafte Summen bot. Der sowjetische Torhüter lehnte ab – er sagte, dass es in der UdSSR nicht üblich sei, Spieler zu kaufen oder zu verkaufen. Und dass er nur bei seinem Lieblingsverein Dynamo Moskau spielen wolle. Dies ist also ein Film über den russischen – und sowjetischen – Patriotismus, den die westliche Propaganda nun allzu gern in den Dreck zieht.

* * *

Bericht: Soros' Sohn verhandelt mit Kiew über Endlagerung von Chemieabfällen

<https://freedert.online/international/188844-bericht-soros-sohn-verhandelt-mit/>
03.12.2023

Wie der französische Journalist Jules Vincens berichtet, hat der Sohn von George Soros mit der Ukraine eine Vereinbarung über die Endlagerung gefährlicher chemischer Abfälle auf ihrem Staatsgebiet getroffen. Etwa 400 Quadratkilometer seien für diesen Zweck vorgesehen.

Alexander Soros – der Sohn des skandalumwitterten US-Finanziers George Soros – hat sich mit den ukrainischen Behörden darauf geeinigt, 400 Quadratkilometer Land für die Endlagerung gefährlicher Abfälle zur Verfügung zu stellen, wie der französische Journalist Jules Vincens recherchierte.

Nach den Unterlagen, die Vincens im sozialen Netzwerk X veröffentlichte, wurde er von einer anonymen Quelle aus dem ukrainischen Landwirtschaftsministerium kontaktiert. Die Quelle sagte, dass bei einem Treffen am 7. November zwischen Soros Jr. und dem Leiter des Büros des ukrainischen Präsidenten, Andrei Jermak, eine Vereinbarung getroffen wurde. Demnach überlässt die Ukraine US-Firmen auf unbestimmte Zeit und unentgeltlich Grundstücke, auf denen gefährliche Abfälle von Chemie-, Pharma- und Ölunternehmen vergraben werden. Zu den genannten Unternehmen gehören unter anderem Dow Chemical, DuPont, BASF, Evonik Industries, Vitol und Sanofi.

Vincens veröffentlichte ein von den Parteien unterzeichnetes Dokument mit einer diesbezüglichen Erklärung. Soros wiederum drückte darin "seine Absicht aus, eine zuverlässige Kommunikation zwischen Selenskijs Büro und Vertretern der genannten Unternehmen sicherzustellen".

Der Quelle zufolge handelt es sich um Land in den Gebieten Ternopol, Chmelnyzki und Tschernowzy – Regionen in der Westukraine, die für ihre fruchtbare schwarze Erde bekannt sind. Der Journalist zitierte den Brief der Quelle:

"Das Landwirtschaftsministerium wurde aufgefordert, die Zuteilung von Dutzenden von Grundstücken mit einer Gesamtfläche von 400 Quadratkilometern zu koordinieren."

Er bezeichnete diese Entscheidung als "fatal".

Ein Beamter des Ministeriums wies auf die Notwendigkeit hin, westliche Öko-Aktivisten und die Öffentlichkeit für dieses "ungeheuerliche Geschäft" zu sensibilisieren, und schrieb:

"Dadurch werden diese Ländereien nicht nur für den Weizenanbau ungeeignet, sondern auch das Ökosystem dieser Regionen wird irreparabel geschädigt."

Die Tätigkeit von George Soros wird aufgrund seiner Finanzspekulationen sowie seines skandalösen Rufs negativ bewertet. Er wurde wiederholt beschuldigt, mithilfe seiner Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen in einer Reihe von Staaten Machtwechsel zu organisieren. Der Finanzier selbst bestreitet nicht, dass sein Geld insbesondere zur Organisation der Orangen Revolution in der Ukraine im Jahr 2004 und des Euromaidans im Jahr 2013 beigetragen hat. In einer Reihe von Ländern wurde ihm vorgeworfen, sich in die inneren Angelegenheiten einzumischen. Soros wird in den Medien häufig mit der Demokratischen Partei der USA in Verbindung gebracht.

In Russland sind Soros' Open Society und Open Society Foundation seit 2015 als unerwünschte Organisationen anerkannt. Die russische Generalstaatsanwaltschaft erklärte, dass Soros' Organisationen eine Bedrohung für die Grundlagen der verfassungsmäßigen Ordnung und die Sicherheit des Staates darstellten.

* * *

Fast die Hälfte der Ukrainer befürwortet Verhandlungen mit Russland

<https://freedert.online/international/188883-fast-haelfte-ukrainer-befuerwortet-verhandlungen/>
04.12.2023

Laut einer Umfrage sprechen sich 44 Prozent der Ukrainer für Kompromisse bei den Verhandlungen mit Russland aus. Die Mehrheit der befragten Ukrainer lehnt Friedensverhandlungen mit Russland nach wie vor ab, aber ihre Zahl sank seit Februar um 12 Prozent.

Knapp die Hälfte der Ukrainer (44 Prozent) erklärte sich zu Kompromissen in Friedensgesprächen mit Russland bereit, während fast die gleiche Anzahl von Ukrainern (48 Prozent) die Fortsetzung der Feindseligkeiten befürwortete. Dies berichtet die ukrainische Online-Zeitung *Strana.ua* unter Berufung auf eine Umfrage der Gruppe "Rating".

Nach Angaben der Zeitung wurde die Umfrage im November in den von der Ukraine kontrollierten Gebieten durchgeführt. *Strana.ua* machte keine Angaben zur Anzahl der Befragten, allerdings hatten in der Vergangenheit etwa 2.000 Personen an ähnlichen Umfragen teilgenommen.

Die Befürworter eines Kompromisses sind in der jüngeren Altersgruppe der 18- bis 35-Jährigen (45 Prozent) und im Osten der Ukraine (51 Prozent) am stärksten vertreten. Die Befürworter der Fortsetzung der Feindseligkeiten sind in der älteren Gruppe der 36- bis 50-Jährigen und im Westen des Landes zu finden (jeweils 50 Prozent).

Frauen sind größtenteils für Verhandlungen – 48 Prozent sind dafür, 44 Prozent dagegen. Bei den Männern sind 40 Prozent für Verhandlungen, 51 Prozent sind dagegen.

Im Vergleich zur Februar-Umfrage stieg die Zahl der Ukrainer, die zu einem Kompromiss mit Russland bereit sind, um 9 Prozent (sie hatte bei 35 Prozent gelegen). Gleichzeitig sank der Anteil derer, die Verhandlungen ablehnen, um 12 Prozent (dieser hatte bei 60 Prozent gelegen).

Wladimir Selenskij behauptet, sein Land wolle Frieden, habe aber nicht die Absicht, "jetzt Freundschaft zu schließen oder sich mit Russland an den Verhandlungstisch zu setzen", trotz der Schwierigkeiten auf dem Schlachtfeld. Im November schloss er einen Friedensschluss mit Russland "um jeden Preis" aus. Ihm zufolge seien die Ukrainer nicht bereit, ihr Land an Russland abzutreten und würden "bis zum Ende durchhalten".

Überdies erklärte Dawid Arachamija, der Vorsitzende von Selenskij's Parlamentsfraktion Diener des Volkes, Ende November, dass sämtliche Vereinbarungen über den Ukraine-Konflikt durch ein Referendum beschlossen werden sollten.

Russlands Präsident Wladimir Putin erklärte wiederholt, Moskau habe sich im Gegensatz zu Kiew nie geweigert, zu verhandeln. Als Erstes müsse das Dekret des ukrainischen Präsidenten, das Verhandlungen verbiete, aufgehoben werden. Russland pocht auf die Anerkennung der bestehenden territorialen Gegebenheiten durch die Ukraine und einen neutralen Status des Landes.

* * *

Nach "Elsass-Vorbild": Oppositionspolitiker Jawlinski will Ukraine und Russland versöhnen

<https://freedert.online/russland/188988-oppositionspolitiker-jawlinski-will-ukraine-und/>
05.12.2023

Der Oppositionspolitiker Grigori Jawlinski bestätigt in einem Interview, bei einem Treffen mit Wladimir Putin über einen Waffenstillstand gesprochen zu haben. Kiew und Moskau könnten sich nach dem Vorbild Frankreichs und Deutschlands versöhnen, schlägt er vor.

Grigori Jawlinski, Oppositionspolitiker und Gründer der Partei Jabloko, hat sich seinen Angaben zufolge als Vermittler zwischen Russland und der Ukraine angeboten. Ende Oktober soll er sich mit Wladimir Putin im Kreml getroffen haben. Der Pressedienst seiner Partei teilte anschließend mit, das Hauptthema der Diskussion sei ein Waffenstillstand gewesen. Kremlsprecher Dmitri Peskow äußerte sich nicht zu dem Treffen.

In einem Interview mit der Nachrichtenplattform *RBK* sagte Jawlinski:

"Ja, ich habe meine Kandidatur angeboten. Ich war Vermittler in Tschetschenien, dann in Dubrowka. Ich bin bereit. Das ist eine schmerzhaft Sache, aber wenn es notwendig ist, um einen Schritt in Richtung eines Waffenstillstands zu machen, bin ich bereit."

Er betonte, dass er bei seinem Treffen mit Putin Argumente für einen Waffenstillstand in der Ukraine vorgebracht habe, doch der Präsident habe "nicht reagiert". Die Frage sei offen geblieben, so der Politiker. Gleichzeitig betonte er, dass das Gespräch mit Putin "tief und lang" gewesen sei.

Wie hoch in Russland die Zustimmung für den Krieg sei, sei unbekannt, fuhr er fort. "Ich habe keinen Zweifel daran, dass die überwältigende Mehrheit der Menschen auf die Frage 'Wollt ihr, dass das alles aufhört' antworten würde: 'Ja, das wollen wir'." Auch wenn die anschließenden Friedensverhandlungen nicht sofort erfolgreich sein könnten, würden zumindest keine Menschen mehr getötet.

Die beiden Nachbarn könnten sich in Zukunft nach dem Vorbild Deutschlands und Frankreichs versöhnen, schlug er vor:

"Es gibt das Beispiel von Frankreich und Deutschland. Wie viele Jahre haben sie um Elsass und Lothringen gekämpft? Wie viele haben um Straßburg gekämpft? Und heute interessiert es niemanden mehr, wem diese Gebiete gehören."

Seine Partei hatte sich gegen das Vorgehen Russlands in der Ukraine ausgesprochen und für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen plädiert. Der Appell richtete sich nicht nur an die russischen Behörden, sondern auch an die Ukraine. In dem Interview wiederholte Jawlinski seine Thesen zum Krieg. "Als politische Partei lehnen wir die Militäroperation kategorisch ab", sagte er, betonte aber, dass alle verantwortlich seien, auch der Westen: "Alle sind schuld. Alle. Niemand ist hier unschuldig. Jeden Tag sterben Menschen. Jeder ist daran beteiligt und jeder ist daran schuld", so Jawlinski. Politiker, denen die Menschen egal seien, seien Müll, erklärte er:

"Die Tatsache, dass schon lange kein Politiker mehr die Frage stellt, dass die Hauptaufgabe darin besteht, Menschenleben zu retten, zeigt, in welcher Lage sich die Welt derzeit befindet."

Sollte er bei den kommenden Präsidentschaftswahlen kandidieren und gewinnen, würde er sich auf

drei Themen konzentrieren: "Der erste Punkt ist ein Waffenstillstand, ein Gefangenenaustausch aller gegen alle, der Anfang in Richtung einer Art künftiger Friedensverhandlungen. Das zweite ist die Freilassung der politischen Gefangenen. Der dritte ist der Beginn einer Reform des Justizsystems." Im Oktober hatte der 71-Jährige erklärt, er könne kandidieren, wenn die Russen aus eigener Initiative zehn Millionen Unterschriften für ihn sammelten.

* * *

US-Kongressabgeordneter räumt US-Beteiligung an Staatsstreich von 2014 in Ukraine ein

<https://freedert.online/international/189094-kongressabgeordneter-raeumt-us-beteiligung-an/06.12.2023>

Thomas Massie, ein Mitglied des US-Repräsentantenhauses aus dem Bundesstaat Kentucky, bestätigte, dass Washington im Jahr 2014 in den Sturz der gewählten Regierung der Ukraine involviert war. Dies offenbarte der Politiker dem Ex-Moderator von Fox News Tucker Carlson.

Der Kongressabgeordnete Thomas Massie (Republikaner aus Kentucky) gab in einer Sendung des Journalisten und ehemaligen *Fox-News*-Moderators Tucker Carlson zu, dass die Vereinigten Staaten im Jahr 2014 dazu beigetragen hatten, die legitime Regierung in der Ukraine zu stürzen. Der US-Politiker wörtlich:

"Im Jahr 2014 haben wir mitgewirkt, ihre gewählte Regierung zu stürzen. Wir haben mit unseren Waffen gegen Russland gerasselt. Ich sagte, diese Sanktionen, das Waffenrasseln, die Resolutionen werden Konsequenzen haben, und sie lieferten die Konsequenzen."

Dmitri Poljanski, der erste Stellvertreter des ständigen Vertreters der Russischen Föderation bei der UNO, kommentierte das Interview mit den Worten: "Es ist ermutigend, in den USA nüchterne Stimmen zu hören". Es bestehe die Chance, dass nicht alle Ukrainer den geopolitischen, russophoben Interessen der USA geopfert würden.

Am 21. November 2013 kündigte die ukrainische Regierung die Aussetzung der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU an. Daraufhin blockierte die Opposition der Werchowna Rada die Arbeit des Parlaments, und auf dem Unabhängigkeitsplatz im Zentrum Kiews begann eine lang anhaltende Protestaktion. Während der dreimonatigen Konfrontation, die als "Euromaidan" bezeichnet wird, besetzten Nationalisten mehrere Verwaltungsgebäude im Westen des Landes, errichteten in der Mitte von Kiew eine Zeltstadt und stellten bewaffnete Einheiten auf, die sich offene Konfrontationen mit Ordnungskräften lieferten.

Nach Ansicht von Rodion Miroschnik, dem Sonderbeauftragten des russischen Außenministeriums für die Verbrechen des Kiewer Regimes, hätten die Ereignisse auf dem Maidan in Kiew vor zehn Jahren der Geschichte der unabhängigen Ukraine ein Ende gesetzt. Der Diplomat betonte, dass dies zur Lähmung der staatlichen Verwaltungs- und Strafverfolgungsmechanismen geführt habe, gefolgt von einem Staatsstreich, der sofort von den US-Behörden legalisiert worden sei. Diese hätten vorgeschlagen, den Putsch als "einen Sieg der Freiheit und der Würde zu betrachten", was sich jedoch sehr schnell "in eine koloniale Abhängigkeit" verwandelt habe.

* * *

"USA gießen Öl ins Feuer" – Moskau kritisiert Bidens Äußerungen über Militäreinsatz gegen Russland

<https://freedert.online/international/189213-moskau-kritisiert-bidens-aeusserungen-ueber-us-milit%C3%A4r-gegen-russland/>

07.12.1023

Am Mittwoch hat der amtierende US-Präsident Joe Biden öffentlich die Möglichkeit eines Einsatzes von US-Truppen gegen Russland erörtert. Anatoli Antonow kritisierte als Moskaus außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter in Washington, D.C. die Äußerungen als völlig inakzeptabel. Die USA würden damit versuchen, "Öl ins Feuer des Ukraine-Konflikts" zu gießen.

Anatoli Antonow, der außerordentliche und bevollmächtigte Botschafter der Russischen Föderation in den USA, hat Äußerungen des derzeitigen US-Präsidenten Joe Biden über die Möglichkeit eines militärischen Zusammenstoßes mit Russland als völlig inakzeptabel eingeordnet. Im Gespräch mit Journalisten am Mittwoch betonte der Diplomat, dass die USA sich vor keinen Märchen und Lügen scheuen würden, wenn es um Russland gehe. Hierbei führte Antonow als Beispiele solche Erzählungen an wie die angeblichen Gräueltaten in Butscha, die er als inszeniert und vom Westen erdacht bezeichnete, sowie vermeintliche Pläne in Moskau, im Ukraine-Konflikt womöglich Atomwaffen einzusetzen.

Solche "Gruselgeschichten" würden erdacht, um unvorstellbare Finanzausgaben für die "Abschreckung" Russlands vor den Steuerzahlern und nüchternen Politikern zu rechtfertigen, erklärte der Botschafter weiter. Nun endlich hätten die USA jeglichen Bezug zur Realität völlig verloren, indem sie leichtfertig über die Möglichkeit eines direkten Zusammenstoßes mit den russischen Streitkräften spekulieren. Antonow umschrieb das als unbedachten Versuch, noch "Öl ins Feuer des Ukraine-Krieges" zu gießen. Solche provokative Rhetorik sei angesichts der Verantwortung als Atommacht inakzeptabel.

Weiter betonte der Diplomat, dass gerade die USA mit ihrer unersättlichen Rüstungsindustrie als direkte Nutznießer im Ukraine-Konflikt gelten können. Dies werde gerade durch das nunmehr 52. Militärhilfepaket für Kiew bestätigt, das am Mittwoch angekündigt worden sei.

Der US-Präsident Joe Biden von der Demokratischen Partei der USA hatte am Mittwoch vor den Vertretern der Republikanischen Partei für eine neue Finanzspritze für die Ukraine plädiert. In seiner Rede drohte er, dass ein Sieg Russlands über die Ukraine einen russischen Angriff auf NATO-Verbündete ermöglichen könne. Dadurch würden die US-Truppen in einen Krieg hineingezogen werden und müssten gegen das russische Militär kämpfen.

* * *

Analyse

Russland hat ukrainische Offensive vereitelt – aber den Krieg noch nicht beendet

<https://freedert.online/international/188577-russland-hat-ukrainische-offensive-vereitelt/>
01.12.2023

Mit der Vereitelung der ukrainischen Sommeroffensive hat Russland eine Schlacht gewonnen, aber noch keinen endgültigen Sieg errungen. Ein Einfrieren des Konflikts zum jetzigen Zeitpunkt würde es der Ukraine ermöglichen, einen weiteren Angriffsversuch zu unternehmen.

Von Boris Roschin

Das Scheitern der ukrainischen Sommeroffensive am südlichen Frontabschnitt und die sich daraus ergebenden militärpolitischen Folgen werden weiterhin von diversen Überlegungen und der Suche nach Schuldigen begleitet. Doch das ist bereits Vergangenheit. Die Ukraine hat zwar eine Schlacht verloren, doch der Krieg geht weiter. Es ist wichtig, sich daran zu erinnern und nicht in einen überzogenen Optimismus zu verfallen: Sehr viel schwierige Arbeit steht noch bevor.

Gegenwärtig befindet sich das ukrainische Militär im Übergang zur Defensive, in deren Rahmen es die Schlüsselstellungen an den wichtigsten Frontabschnitten halten, neue Wellen von Zwangsrekrutierungen zum Ausgleich von erlittenen Verlusten durchführen und auf die eine oder andere Weise die Verluste an Technik und Waffen ausgleichen will. Vermutlich rechnet das Kiewer Regime damit, dass die USA und die NATO ihre innere Krise überwinden und Waffenlieferungen für offensive Operationen im Rahmen der Frühjahrs-Sommer-Kampagne 2024 wieder steigern werden.

Darüber, dass man sich jetzt schon auf die Sommeroffensive im Jahr 2024 vorbereiten müsse, sprechen westliche Militäranalysten inzwischen offen. Um diese Offensive zu ermöglichen, muss das ukrainische Militär einen Zusammenbruch der Front in den nächsten Monaten verhindern und die Steigerung der US-amerikanischen Militärhilfe abwarten. Letztere wird momentan durch innere Konflikte in den USA selbst und Israels Krieg gegen die Hamas verhindert.

Es ist wichtig, zu verstehen, dass die Ukraine die Kräfte für die Offensive im Sommer 2023 über sieben Monate lang gesammelt hatte. Diese Kräfte wurden zwischen Juni und September 2023 fast völlig aufgerieben. Um die Offensive im gleichen Umfang zu wiederholen, wird Kiew zum Sommer 2024 zwischen 300.000 und 500.000 Menschen mobilisieren und Militärhilfe im Wert von über 25–30 Milliarden US-Dollar erhalten müssen, darunter eine größere Anzahl von Panzern, gepanzerten Kampffahrzeugen, Selbstfahrlafetten, Artilleriegeschützen, Mehrfachraketenwerfern sowie zugehöriger Munition. All das neben den bereits versprochenen Flugzeugen und Raketen.

In diesem Zusammenhang sind Vorschläge, den Krieg entlang der gegenwärtigen Frontlinie einzufrieren, darauf ausgerichtet, Russland zu täuschen und Zeit zu gewinnen, um der Ukraine den Versuch einer zweiten Offensive zu ermöglichen. Russlands militärpolitische Führung versteht dies. Daher nimmt sie solche Vorschläge auch nicht ernst und beobachtet stattdessen, wie die USA und die NATO versuchen, die durch Unterstützung der Ukraine angehäuften Probleme zu lösen, die für die Geldgeber des Kiewer Regimes immer kostspieliger werden.

Freilich ist der Wunsch, Russland eine Niederlage zu bereiten, bei einem Teil des westlichen Establishments so stark, dass es mehr als wahrscheinlich ist, dass der Westen sich zu einer weiteren Überanstrengung entschließen wird, um den Krieg militärisch für sich zu entscheiden. Deswegen stehen die entscheidenden Schlachten des Krieges in der Ukraine noch bevor: Der Gegner ist zwar verwundet, aber noch nicht zerschlagen.

Übersetzt aus dem Russischen.

Boris Roschin ist Experte am Zentrum für militärpolitische Journalistik. Man kann ihm auf seinem Telegram-Kanal folgen.

* * *

Von der Leyens Pfizer-Affäre: Unerwarteter Tod einer EU-Abgeordneten

<https://freedert.online/europa/188764-von-leyen-und-pfizer-affaere/>

02.12.2023

Die französische Europaabgeordnete der Grünen-Fraktion, Michèle Rivasi, ist am vergangenen Mittwoch im Alter von 70 Jahren plötzlich an einem Herzinfarkt gestorben. Das ist brisant, weil sie als leitende Abgeordnete die sogenannte "Pfizer-Affäre" um Ursula von der Leyen untersuchte.

Von Tom Dannert

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, gehört zweifelsohne zu den umstrittensten Spitzenpolitikern in der EU. Nicht zuletzt deshalb, weil sie wegen Skandalen und Kritik bezüglich ihrer Arbeit als Bundes- sowie EU-Politikerin immer wieder unter enormen Druck geraten war. Ihre zahlreichen Kritiker werfen von der Leyen wiederholt unter anderem Inkompetenz sowie die Ausnutzung ihrer Position für persönliche Zwecke vor.

In der Tat hat die politische Karriere der Christdemokratin bislang viele Fragen aufgeworfen. So zum Beispiel im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Mitglied des Kabinetts von Angela Merkel in den 2010er-Jahren. Damals, als von der Leyen etwa den Posten der Bundesverteidigungsministerin innehatte – und auch als sie 2019 für den Posten der EU-Kommissionspräsidentin nominiert wurde –, kritisierte man sie in Deutschland lautstark für den "katastrophalen Zustand der Bundeswehr". Zumal die Kritik sogar aus ihren eigenen Reihen kam.

Das bekannte Magazin *Politico* hatte damals über eine Untersuchung eines Verdachts auf Fehlverhalten des von Ursula von der Leyens geleiteten Verteidigungsressorts im Zusammenhang mit dem Einsatz externer Berater berichtet. Dabei ging es um Vorwürfe, dass das Büro der Ministerin bei der Vergabe von Aufträgen in Millionenhöhe die Vergaberegeln umgangen habe. Anhörungen, die im Bundestag diesbezüglich durchgeführt wurden, sollen den Verdacht auf systematische Korruption in der Verteidigungsbehörde zunächst erhärtet haben. Am Ende brachte die Untersuchung dieser Affäre offiziellen Angaben zufolge aber keine Bestätigung für Korruption.

Die Pfizer-Affäre

Allerdings folgte darauf bald ein noch größerer – und dieses Mal – EU-weiter Skandal, der alles Bisherige in den Schatten stellt und wegen dem von der Leyen als einzige Akteurin aus der EU-Spitzenpolitik am Pranger steht. Die Kommissionspräsidentin hatte im Jahr 2021 nämlich alleinig mit dem US-Pharma-Giganten Pfizer bezüglich horrender Bestellmengen in Milliardenhöhe im Rahmen des "COVID-19-Impfstoffabkommens" verhandelt. Ihr "Zwei-Personendeal" mit dem

Pfizer-Chef Albert Bourla gilt inzwischen jedoch als eine zu klärende Affäre rund um die Corona-Krise.

Laut Enthüllungen der *New York Times* hatte von der Leyen dabei persönlich per SMS Verträge mit Pfizer eingefädelt, die angesichts der Corona-Pandemie eine Abnahme von 900 Millionen Impfdosen – bei einem Preis von 19,50 Euro je Einzeldosis – bis Ende 2023 durch die EU garantierte. Das gesamte Geschäft wird auf rund 35 Milliarden Euro geschätzt.

Trotz der europäischen Bekenntnisse zu Wettbewerb und Transparenz deutet bei diesem Deal einiges auf Korruption hin: Einerseits wären da die immensen und größtenteils ungenutzten Bestellmengen, die inzwischen für Streit zwischen der EU und Pfizer bei den Nachverhandlungen sorgen. Zum anderen hatte von der Leyen dem US-Konzern mit diesem Vertrag eine Monopolstellung in der EU eingeräumt, zum Nachteil der anderen Marktteilnehmer.

Seit dem Bekanntwerden der Affäre hüllt sich die Kommissionschefin jedoch in Schweigen. Sie verweigert nicht nur Journalisten die Auskunft, sondern auch den Organen der EU. Um aber die noch offene Frage zu dem Pfizer-Deal zu klären, wurde dafür eine EU-interne Untersuchung eingeleitet.

Tod von Rivasi

Dabei hat sich vor allem die französische Europaabgeordnete der Grünen-Fraktion, Michèle Rivasi, für Aufklärung eingesetzt. Sie hatte als leitende Abgeordnete seit Monaten dafür gekämpft, Informationen über die geheimen EU-Verträge mit Pfizer sowie den SMS-Schriftverkehr zwischen von der Leyen und Bourla zu erhalten. Dazu wollte die französische Politikerin, die seit 2009 Mitglied im EU-Parlament war, auch einen ausführlichen Bericht veröffentlichen.

Allerdings wird Rivasi ihren Beitrag zur Aufklärung der Pfizer-Affäre nicht mehr leisten können. Sie starb am Mittwoch im Alter von 70 Jahren auf dem Weg zum Europäischen Parlament in Brüssel an einem Herzinfarkt, wie Medien berichteten.

In einer Pressemitteilung heißt es zu dem unerwarteten Tod von Rivasi:

"Michèle Rivasi hat ihr Leben dem Schutz der Artenvielfalt und unserer Gesundheit gewidmet und sich für die Transparenz unserer Institutionen im Interesse der europäischen Bürger eingesetzt."

Was die Corona-Krise angeht, so war Rivasi auch für ihre kontroverse Haltung zu Impfstoffen bekannt. Während der Pandemie hatte sie die Einführung eines "Corona-Zertifikats" und die Pflichtimpfung von Mitarbeitern im Gesundheitswesen in Frankreich kritisiert.

* * *

Der verpasste Frieden: "Wir werden gar nichts unterzeichnen, ihr werdet einfach weiterkämpfen"

<https://freedert.online/europa/188836-verpasste-frieden-wir-werden-gar/>
03.12.2023

Der wichtigste politische Verbündete von Wladimir Selenskij sucht nach Sündenböcken, während die ukrainischen Eliten langsam zu akzeptieren beginnen, dass der Krieg gegen Russland verloren ist. Es geht zwar voran in der Ukraine – allerdings nur abwärts.

Von Tarik Cyril Amar

Vor einigen Tagen gab der wichtigste politische Verbündete von Präsident Wladimir Selenskij, David Arachamija, der Fernsehmoderatorin Natalja Mosseitschuk ein langes Interview. Beide sind Schwergewichte der ukrainischen Öffentlichkeit mit großer Anerkennung und großem Einfluss.

Die hauptsächliche Plattform von Mosseitschuk ist der Fernsehsender *I+I*. David Arachamija leitet die Parlamentsfraktion der Partei "Diener des Volkes", die als politischer Apparat von Wladimir Selenskij dient und als solche die Ukraine de facto autoritär beherrscht. Das Interview wird sicherlich noch sehr viel Aufmerksamkeit erregen, hat aber noch mehr bewirkt: Durch Arachamijas unvorsichtige – oder absichtliche – Darstellung von realen, aber verpassten Gelegenheiten, um zu einem baldigen Friedensabkommen zu gelangen.

In Bezug auf die Verhandlungen, die Ende Februar und Anfang März 2022 zwischen Russland und der Ukraine in Weißrussland stattfanden, erklärte Arachamija im Interview, dass die russische Verhandlungsdelegation ein "konkretes Ziel" verfolgt habe: die Ukraine dazu zu bringen, eine militärische Neutralität zu akzeptieren und die Bestrebungen für eine NATO-Mitgliedschaft aufzugeben. Nach den Worten von Arachamija wurde alles andere, was Russland zuvor als Ziele definiert hatte, etwa die Forderungen nach "Entnazifizierung der Ukraine", den "Schutz der Rechte der russischsprachigen Bevölkerungsgruppen und so weiter", lediglich als "kosmetische politische Würze" vorgebracht.

Man muss das auf sich wirken lassen: Hier sitzt ein Hauptverhandlungsführer für die ukrainische Seite und einer der Spitzenmänner des Regimes von Wladimir Selenskij, der ausdrücklich erklärt, dass alles, was einen Waffenstillstand und einen Frieden in diesem sehr frühen Stadium dieses schrecklichen Krieges erforderte, darin bestand, dass Kiew sich zur Neutralität verpflichtet und seine NATO-Ambitionen aufgibt. Der Krieg hätte im Frühjahr 2022 beendet werden können – das heißt, vor anderthalb sehr blutigen Jahren. Für Kiew wäre der Preis dafür gewesen, seine Ambitionen für eine Mitgliedschaft in der NATO aufzugeben. Ambitionen, die aufgrund eines faulen Versprechens entstanden sind, das 2008 auf dem NATO-Gipfel in Bukarest ausgesprochen wurde. Ein Versprechen, das die NATO nicht einzuhalten gedenkt, wie der NATO-Gipfel in Vilnius 2023 erneut gezeigt hat.

Das Eingeständnis von Arachamija im Interview beweist einmal mehr, dass es stets gangbare Alternativen zum derzeitigen Krieg gegeben hat. Westliche Informationskrieger, die diese Tatsache immer noch leugnen, verweigern einfach, sich ihrer eigenen schrecklichen Verantwortung für die Sabotage dieser Verhandlungen zu stellen. Ebenso zeigte Arachamija auf, dass jeder in der Ukraine und im Westen, der darauf beharrte, Moskaus Kriegsziele seien maximalistisch – die Vernichtung der Ukraine als Staat oder der Durchmarsch zumindest bis nach Berlin –, völlig falsch lag, sei es aus Dummheit oder aus Absicht. Zumindest, wenn wir dem Fraktionschef der ukrainischen Regierungspartei glauben wollen, der direkte Kontakte mit legitimen Vertretern Russlands hatte und nicht mit den Fantasiewesen, die in den Köpfen allzu vieler westlicher Experten von Washington bis

Berlin herumspuken. Und man beachte hierbei: Arachamija hat absolut keinen Grund, Moskaus Absichten und Ziele zu beschönigen.

Im selben Interview, das er Natalija Mosseitschuk gegeben hat, verwendete er gelegentlich den rassistischen Beinamen "Orks" als erniedrigende Bezeichnung für Russen, und zeigte die typische Arroganz, die beim westlichen Publikum gut ankommt, jedoch die Ukraine so viel gekostet hat. Arachamija bildet sich zudem ein, dass er und sein Team über die Technologien des 21. Jahrhunderts verfügen, womit er Zoom und WhatsApp meinte, wohingegen ihm zufolge die russische Verhandlungsdelegation im 19. Jahrhundert feststeckte. Diese nutzten gesicherte Festnetztelefone für die Kommunikation mit Moskau.

Zwar räumte er ein, dass seine russischen Gesprächspartner gut vorbereitet waren, im Gegensatz zur ukrainischen Seite, die improvisieren musste. Er klopfte sich aber gleichzeitig selbst auf die Schultern, weil er "ihre Absichten stören konnte" – das heißt, die Verhandlungen auf ein Niveau herunterzuziehen, auf dem der "Banderist innerhalb der ukrainischen Delegation" Ansprachen halten konnte, um die Russen "blass werden zu lassen".

"Aber was ist mit dem Territorium?", werden sich einige vielleicht fragen. Im Interview erklärte Arachamija, dass die russischen Unterhändler zu diesem Zeitpunkt bereit waren, "dahin zurückzukehren, wo sie vor der Invasion standen", zu den Grenzen vor dem 24. Februar 2022. Oder anders ausgedrückt: Der Krieg wäre nicht nur umgehend zu Ende gewesen, sondern die Ukraine hätte auch alle Gebiete behalten, die von den russischen Streitkräften seitdem eingenommen wurden und auch jene Gebiete, die sie wahrscheinlich in Zukunft noch einnehmen werden. Kiew hätte zwar auf die Krim und die Volksrepubliken Lugansk und Donezk verzichten müssen – Gebiete, deren Bewohner größtenteils nicht Teil der Ukraine sein wollen. Aber verglichen mit dem, was seither passiert ist, wäre das ein akzeptabler Ausweg gewesen.

Der Westen hätte in diesem Szenario die sehr verheerende Niederlage in diesem Stellvertreterkrieg, die ihm jetzt bevorsteht, vermeiden können. Auch wirtschaftlich wäre es allen besser gegangen. Das gilt natürlich vor allem für die Ukraine, die nur noch ein zerstörter Schatten ihres früheren, ohnehin schon armen, Selbst ist, gestützt durch westliche Hilfe aus den USA und der Europäischen Union, insbesondere aus Deutschland – zumindest vorerst noch.

Kein Wunder, dass die nächste Frage von Mosseitschuk an Arachamija lautete, warum die Ukraine dieses russische Angebot nicht angenommen habe, eine Frage, die ihn offensichtlich überraschte. Der Interviewte sah dabei ein wenig aus wie ein schlecht vorbereiteter Student, der bei einer mündlichen Prüfung eine unerwartete Frage gestellt bekommen hat und nun versucht, eine spontane Antwort zusammenzustottern. Er kam zu folgender Einschätzung: Die Annahme des russischen Angebots wäre verfassungswidrig gewesen, weil das Streben nach einer NATO-Mitgliedschaft in der ukrainischen Verfassung verankert ist. Zudem könne man den Russen ohnehin nicht trauen, daher hätte Kiew nie sicher sein können, dass es in Zukunft keinen weiteren russischen Angriff geben würde.

Beide Argumente sind erstaunlich fadenscheinig. Der Wunsch der Ukraine, der NATO und der EU beizutreten, wurde erst vor Kurzem, nämlich im Jahr 2019, in die Verfassung aufgenommen, zu einem Zeitpunkt, als das Verfassungsrecht kurzfristigen innenpolitischen Machtkämpfen untergeordnet wurde. Nach 1991 existierte die unabhängige Ukraine fast 30 Jahre lang ohne solch eine ungewöhnliche Verfassungsänderung.

Und offensichtlich hätte man das, was erst kürzlich der Verfassung hinzugefügt wurde, auch widerrufen können. Selenskij wäre zusammen mit seinem politischen Machtapparat "Diener des Volkes" durchaus in der Lage gewesen, einen solchen Widerruf herbeizuführen, wenn er es gewollt

hätte. Bei dieser Verfassungsänderung handelte es sich somit um ein politisch überwindbares Hindernis. Der Verfassungszusatz hätte auch gar nicht erst in die Verfassung Eingang finden dürfen, denn Verfassungen sollten sich an die Grundlagen der politischen Ordnung halten. Das Streben nach diesem oder jenem Bündnis gehört keineswegs in die Grundprinzipien einer Verfassung, sondern ist eine spezifische Politik einer amtierenden Regierung, die dem politischen Diskurs offen bleiben sollte.

Auch das zweite Argument, das Arachamija für das Scheitern einer Friedenslösung vorbrachte, nämlich dass man Moskau "nicht vertrauen könne", macht keinen Sinn. Aus drei Gründen: Erstens gibt er selbst im Interview zu, dass die russische Delegation sehr besorgt über das war, was Arachamija abfällig "dieses Minsk" nannte, womit er wohl die Hinhaltetaktik der Ukraine bei den Minsker Vereinbarungen von 2014 und 2015 meinte. Wenn man jedenfalls genug Vertrauen für einen Kompromiss hat, dann hätte Selenskij ein ziemlich überschaubares Risiko eingehen können. Denn nichts ist jemals zu hundert Prozent zuverlässig, außer vielleicht die Tatsache, dass es mehr Krieg geben wird, wenn man keinen Frieden schließt.

Zweitens: Warum sollte Russland erneut angreifen, wenn der einzig wirkliche Grund für den Einmarsch in die Ukraine, nämlich der Drang der Ukraine hin zur NATO, aus der Welt geschafft worden wäre? Oder hat Arachamija hier versehentlich durchblicken lassen, dass die Ukraine nach einem Abkommen mit Russland dieses erneut systematisch hintergangen hätte, wie bei den Abkommen von Minsk? Und dass die Ukraine ihre Absicht eines NATO-Beitritts – wenn auch vielleicht heimlich – aufrechterhalten und damit eine erneute russische Reaktion provoziert hätte? Das ist die einzige Annahme, unter der diese Aussagen zumindest konsistent sind. Die Interpretation seiner Aussagen erscheint umso wahrscheinlicher, als Arachamija auch stolz zugibt, dass seine Delegation ihre Hauptaufgabe darin sah, Verzögerungstaktiken anzuwenden und sich gleichzeitig mit dem ukrainischen Militär abzustimmen, um bei den Verhandlungen den größtmöglichen taktischen Vorteil zu erzielen.

Drittens versuchte Arachamija, ein Fiasko mit einem anderen zu erklären: Er erinnerte daran, dass der damalige britische Premierminister Boris Johnson mit den Worten interveniert habe:

"Wir werden gar nichts unterzeichnen, ihr werdet einfach weiterkämpfen."

Die Gelegenheit nicht zu nutzen, den Krieg bereits Anfang März zu beenden, ist nach Ansicht von Arachamija irgendwie eine Rechtfertigung, dass man es einen Monat später nicht noch einmal versucht hat. Und das im Wesentlichen auf Anordnung eines westlichen Staatschefs, als ob sein Wort für die Regierung der Ukraine Gesetz wäre – was es allerdings eindeutig war. Aber das ist auch keine Überraschung. Das Faszinierende ist die unverblümete Ehrlichkeit, mit der Arachamija die westliche Kontrolle über das Regime von Wladimir Selenskij zugibt.

Von Natalia Mosseitschuk wegen dieser Aussagen herausgefordert, besteht der Interviewte auf "Verteidigung des Landes", um gleichzeitig zuzugeben, dass die Dinge in ständiger Absprache mit den westlichen Partnern abgestimmt wurden. Diese Partner erhielten dosierte Informationen aus Kiew, wussten aber auch immer alles oder hatten Zugriff darauf, bis hin zu allen Beschlüssen, die vom Selenskij-Regime verfasst wurden. Laut Arachamija "wussten wir natürlich, dass wir den Krieg nicht von uns aus beenden konnten. Deshalb mussten wir uns mit ihnen beraten". Man kann aus diesem schmerzlich inkonsistenten Durcheinander herauslesen, was man will. Eines ist klar: Kiew sieht sich buchstäblich nicht in der Lage, ohne westliche Erlaubnis Frieden zu schließen.

Von Mosseitschuk auf die vielfältigen Anzeichen angesprochen, dass sich der Westen, insbesondere die USA, von der Ukraine abwendet, machte Arachamija Israel verantwortlich. Genauer gesagt die "jüdische Lobby in den USA", die seiner Meinung nach "auf allen Ebenen" und in "allen

Entscheidungszentren" breit vertreten ist und Einfluss ausübt, um dem Krieg zwischen Israel und den Palästinensern Priorität einzuräumen.

Auffällig ist seine völlige Weigerung – oder seine Unfähigkeit –, dem Verlauf des Krieges in der Ukraine Gewicht beizumessen. Doch in Wirklichkeit gab es bereits vor dem Ausbruch der jüngsten Krise im Nahen Osten Anzeichen einer ernsthaften Ermüdung des Westens in Bezug auf die Ukraine. Die eigentliche Ursache ist natürlich das Scheitern der ukrainischen Sommer-Gegenoffensive und ganz allgemein die Tatsache, dass Russland im Begriff ist, diesen Krieg zu gewinnen.

Der vielleicht deprimierendste Teil dieses bizarren Interviews mit einem Mann, der entweder nicht die Kontrolle darüber hat, was er sagt, oder eine sehr komplizierte Agenda verfolgt, ist das seltsame Gespür von Dawid Arachamija für die aktuelle Situation in der Ukraine. Er erklärte wiederholt, dass die USA der Ukraine nichts schulden, was schlecht zu seinem vorherigen Eingeständnis passt, dass Washington de facto ein Veto dagegen eingelegt hat, dass die Ukraine jemals Frieden mit Russland schließen.

Die Ukrainer, verlautbarte er, müssten sich auf sich selbst verlassen – und weiterkämpfen. Worauf Natalija Mosseitschuk ihn fragt: "Womit?" Seine Antwort ist eine zusammenhangslose Tirade über "geheime Waffenfabriken" und über "eine Menge Zeug, das wir haben". Offensichtlich ist Wladimir Selenskij nicht der einzige Spitzenpolitiker, der in Fantasien verfällt, während sein Land ausbrennt. Es geht zwar voran in der Ukraine – allerdings nur abwärts.

Aus dem Englischen.

Tarik Cyril Amar ist Historiker an der Koç-Universität in Istanbul, befasst sich mit Russland, der Ukraine und Osteuropa, der Geschichte des Zweiten Weltkriegs, dem kulturellen Kalten Krieg und der Erinnerungspolitik. Man findet ihn auf X unter @tarikcyrilamar

* * *

"Es wird schwierig" – Was russische und ukrainische Soldaten im Winter erwartet

<https://freedert.online/international/188920-es-wird-schwierig-was-russische/>
05.12.2023

Im Gebiet der militärischen Sonderoperation hat es schon geschneit, die Gegner bereiten sich aktiv auf die Winterkampagne vor. Das ukrainische Militär versucht, die Verteidigung zu stärken, Russlands Streitkräfte setzen es bei Donezk unter Druck und sammeln ihre Kräfte.

Von Andrei Koz

Das Licht ausschalten

Ende November hat der Sprecher der ukrainischen Luftwaffe Juri Ignat berichtet, dass Russland zum Winter etwa 900 Marschflugkörper gesammelt hätte, Kamikazedrohnen nicht mitgerechnet. Nach seiner Meinung sei dieses Arsenal für weitere Angriffe gegen die ukrainische Energieinfrastruktur bestimmt. Bedenkt man, dass es der ukrainischen Regierung im Laufe des Jahres nur gelungen ist, einen kleinen Teil des zerstörten sowjetischen Erbes wiederaufzubauen, zeichnet sich eine düstere Perspektive ab.

Im November 2022 hatte Russland als Reaktion auf den Terroranschlag auf die Krimbrücke massive

Angriffe gegen die ukrainische Energieinfrastruktur unternommen. Binnen weniger Wochen wurden hunderte Raketen abgefeuert. Zum Ende November wurde fast die Hälfte der Energieobjekte ausgeschaltet, in vielen Orten gab es keinen Strom.

Im Dezember behauptete Selenskij, dass es unmöglich sei, das ukrainische Energiesystem vollständig wiederaufzubauen. Nach Angaben des Energieministers German Galuschtschenko, verlor die Ukraine etwa 4.000 Gigawatt an Stromerzeugungskapazität. Die Nachrichtenagentur *Bloomberg* schätzte den direkten Schaden auf hunderte Millionen und die wirtschaftlichen Verluste auf mehrere Milliarden US-Dollar.

Kiews jetzige Sorgen sind verständlich: 900 Raketen sind in der Lage, das Energiesystem vollständig zu zerstören. Und das würde die Kampfhandlungen direkt beeinflussen. Im letzten Jahr gelang es den russischen Streitkräften durch das im Hinterland gestiftete Chaos, die Offensive des ukrainischen Militärs im Gebiet Charkow erst zu verlangsamen, und dann zu stoppen. Kiew musste dringend Luftabwehrsysteme von der Front zum Schutz von Infrastrukturobjekten verlegen. Dadurch war es dem ukrainischen Militär unmöglich, unter den Bedingungen der russischen Luftüberlegenheit den Erfolg auszubauen.

Schwierige Jahreszeit

Doch die Winterkampagne wird in jedem Fall nicht einfach sein. In der Militärwissenschaft gelten Winter und Sommer als die günstigsten Jahreszeiten für Kampfhandlungen, weil der Boden einfriert beziehungsweise austrocknet. Im Frühling und im Herbst stört die Schlammperiode die Bewegungen von Militärkolonnen. Doch große Offensiven im Winter durchzuführen, ist schwierig.

Ein Grund dafür sind die kürzeren Tage und längeren Nächte. Darüber hinaus sind vorrückende Truppen an Straßen gebunden und dadurch für Flankenangriffe verwundbar. Ein Schneesturm vermag die eigenen Pläne ernsthaft zu beeinträchtigen, da der Schnee bestimmte Orientierungspunkte in der Landschaft verdecken kann.

Das Fehlen von Laub bedeutet, dass es für vorrückende Truppen viel schwieriger ist, sich in Wäldern unentdeckt zu bewegen. Selbst ein kleiner Verband ist zwischen blattlosen Bäumen aus der Luft leicht erkennbar. In der Kälte entladen sich zudem die Akkumulatoren von Drohnen schneller, was die Luftaufklärung erschwert.

Schließlich erfordern Kampfeinsätze in der kalten Jahreszeit größtmögliche Anstrengungen vonseiten der Versorgungstruppen, die den gesamten Militärverband mit Kleidung und Schuhen versorgen, Winterbetriebsmittel zu den Panzertruppen bringen und einen rechtzeitigen Nachschub an Munition gewährleisten müssen.

Letzteres ist für das ukrainische Militär besonders problematisch. Ihr Panzerbestand ist ein Sammelsurium von Maschinen aus unterschiedlichen Ländern und von unterschiedlichen Herstellern. Jeder Waffentyp erfordert eigene Ersatzteile, Betriebsmittel und Wartungsspezialisten. Einfacher gesprochen, eignen sich die Granaten eines Abrams nicht für einen Challenger 2. Es bleibt auch abzuwarten, wie sich die ausländische Technik in der osteuropäischen Kälte bewähren wird.

"General Frost"

Aus taktischer Sicht ist es im Winter viel günstiger, sich zu verteidigen, als anzugreifen. Ein nach allen Regeln verschanzter Militärverband mit eingerichteten Reservestellungen, Schützengräben, Kaponnieren für Technik und funktionierender Versorgung ist eine gefährliche Kraft. Der Gegner

müsste eine solche Stellung unter Maschinengewehr- und Artilleriefeuer frontal angreifen und würde dabei im Schnee stecken bleiben und auf Minen treten. Die Verteidiger könnten sich indessen komfortabel einrichten, was in der kalten Jahreszeit sehr wichtig ist.

Russische Pioniere griffen im Vorfeld des Winters an einigen Frontabschnitten zu kreativen Lösungen. Ein Bagger hebt einen Graben aus, wohin mit einem Kran ein einfacher Schiffscontainer eingesetzt wird. Nach außen werden ein Lüftungs- und ein Ofenrohr ausgeführt. Die ganze Konstruktion wird mit einer dicken Betonplatte zugedeckt und mit Erde zugeschüttet. Von innen wird der Container mit Brettern verkleidet. Damit entsteht ein bequemer, trockener und beschussfester Wohnraum.

"Der größte Freund des Soldaten im Winter ist ein Kanonenofen. Seit September legen wir Brennstoffvorräte an. Wir nutzen Holz, Brennstoffbriketts und Kohle. Oft legen wir Ziegelsteine um den Ofen herum – das gibt zusätzliche Wärme. Im Winter versuchen wir, den Soldaten kalorienreiche Nahrung zu geben, damit sie nicht frieren. So geben wir den Wachposten unbedingt ein Brot mit einem dicken Stück Speck – das hilft bei Kälte sehr", erklärt ein Offizier des 2. Armeekorps mit dem Funknamen Leschy.

"General Frost" ist ein ernsthafter Gegner für jede Armee. Welche Soldaten sich ihm besser widersetzen, wird sich am Abschluss der Winterkampagne herausstellen, die bereits begonnen hat.

Übersetzt aus dem Russischen und zuerst erschienen bei RIA Nowosti.

Andrei Koz ist ein Kriegsberichterstatter der Nachrichtenagentur RIA Nowosti.

* * *

Angriff vom 7. Oktober als Warnsignal: Hamas und Iran wissen, wo Israels Nuklear-Basen sind

<https://freedert.online/der-nahe-osten/189072-greift-hamas-am-7-oktober/>

06.12.2023

Die Hamas und andere palästinensische Gruppen greifen typischerweise israelische Städte an, wenn sie Langstreckenraketen nutzen. Der gezielte Angriff auf die Nuklear-Basis ist nun ein Warnsignal für Tel Aviv, dass Hamas vermutlich darüber informiert ist, wo israelische Atomwaffen gelagert sind. Und dies bedeutet automatisch, dass Teheran wiederum die Atoanlagen Israels im Visier hat.

Von Armin Schmitt

Eine von der Hamas-Organisation am 7. Oktober aus dem Gazastreifen abgefeuerte Rakete traf einem Bericht der *New York Times* zufolge einen Luftwaffenstützpunkt in Zentralisrael, wo israelische Atomwaffen gelagert werden sollen. Demnach soll ein Marschflugkörper von der Hamas aus dem Gazastreifen abgefeuert worden sein. Israel vermeidet seinerseits Äußerungen über die Lagerung von Atomwaffen.

Durch eine Analyse von Satellitenbildern hat die *New York Times* aufgedeckt, dass die Militärbasis Sdot Micha inmitten Israels, vermutlich von der Hamas mit Raketen beschossen wurde. Der Angriff sei zuvor nicht gemeldet worden und stelle im Krieg in Israel den ersten Angriff der Hamas auf ein Ziel dar, das mutmaßlich Nuklearwaffen beherbergt.

Der Angriff habe die Waffendepots dabei nicht direkt getroffen. Die Raketen seien im Umfeld der

vermuteten Nuklear-Basis eingeschlagen und hätten ein Feuer ausgelöst, das sich dem Lager für Raketen und anderen sensiblen Waffensystemen näherte.

US-Beamte und Analysten für Satellitenbilder seien sich über die Existenz zumindest weniger Nuklearwaffen in Israel einig, so die *New York Times*. Hans Kristensen, Direktor des Nuclear Information Project des Verbands amerikanischer Wissenschaftler, vermutet etwa 25 bis 50 nuklearfähige Jericho-Raketenwerfer auf der nun angegriffenen Basis. Tel Aviv selbst habe nie den Besitz von Nuklearwaffen zugegeben. Auch zum Angriff auf die Sdot Micha Militärbasis sei keine Stellungnahmen des israelischen Militärs veröffentlicht worden.

Die Hamas und andere palästinensische Gruppen greifen typischerweise israelische Städte an, wenn sie Langstreckenraketen nutzen. Der *NYT*-Bericht wirft nun die Frage auf, ob die Hamas mit dem Angriff auf die Militärbasis gezielt die Nuklearwaffen treffen wollte. Der gezielte Angriff ist auch ein Warnsignal für Tel Aviv, dass Hamas darüber informiert ist, wo israelische Atomwaffen gelagert sind. Und dies bedeutet automatisch, dass Teheran wiederum die Atomanlagen Israels im Visier hat. Der Angriff auf Sdot zeigt zudem, dass Waffen der Hamas auch kritische Stellungen in Israel treffen könnten.

* * *

Der Weg zur Elektromobilität – ein Arbeitsplatz-Massaker in der deutschen Autoindustrie

<https://freedert.online/inland/189216-arbeitsplatzmassaker-in-deutschen-autoindustrie/>

07.12.2023

Bei VW, Ford, Opel und bei Autozulieferern werden die Umstellungen auf Elektromobilität genutzt, um massiv Stellen abzubauen. Werksleitungen arbeiten mit Betriebsräten verschärfte Arbeitsbedingungen für die Restbelegschaften aus. Aktionäre setzen die Firmen unter Druck.

Von Felicitas Rabe

In der deutschen Autoindustrie formiere sich ein "gewaltiges Jobmassaker", wie es die Branche seit dem Zweiten Weltkrieg nicht erlebt habe. Ausführlich analysiert Dietmar Gaisenkersting für die World Socialist Webseite (*wsws*) die kritische Situation bei VW, Ford, Opel und dem Zuliefererunternehmen ZK Friedrichshafen.

Seinem am Samstag erschienenen Artikel zufolge nutzen die Autokonzerne die Umstellung auf Elektromobilität zum Abbau von Arbeitsplätzen und zur Verschärfung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Das Münchener Ifo-Institut habe am Freitag sinkende Profite in der deutschen Automobilbranche gemeldet. Die Aktionäre forderten nun eine verstärkte Ausbeutung der Beschäftigten:

"Damit ihre (von den Aktionären) Renditen weiter steigen, müssen die rund 800.000 bei den Herstellern und ihren Zulieferern Beschäftigten noch stärker zur Ader gelassen werden", so wsws.

Kein Arbeitsplatz, keine soziale Absicherung, keine Arbeitsbedingung, kein Lohn sei mehr sicher vor denjenigen, die um die Kürzung ihrer Profite bangen. Studien zufolge würden bei der Umstellung auf Elektromobilität bis zu 40 Prozent der Arbeitsplätze wegfallen, also über 300.000. Laut dem statistischen Bundesamt sind mit aktuell 774.300 Mitarbeitern bereits jetzt 60.000 Personen weniger in der Automobil- und Zulieferindustrie beschäftigt als noch im Jahr 2018.

Volkswagen hat Absatzprobleme mit E-Autos

Zum Wochenbeginn teilte VW-Markenchef Thomas Schäfer bei einer Vollversammlung im Werk in Wolfsburg mit, "als Marke VW" sei man "nicht mehr wettbewerbsfähig". Aufgrund von Absatzproblemen – insbesondere bei Elektrofahrzeugen – soll der Konzern bis 2026 zehn Milliarden Euro einsparen. Dazu, erklärte VW-Konzernchef Oliver Blume, müsse man "ran an die kritischen Themen, auch beim Personal".

Auch bei der VW-Softwaretochter Cariad werde man bis 2026 2.000 der 6.500 Arbeitsplätze abbauen. Am Standort Zwickau pausiert die Herstellung des ID.3 und des Cupra Born, die diesjährige Produktion sei schon abgearbeitet. Zum Jahreswechsel werden zunächst weitere 500 befristete Anstellungen von den insgesamt 10.000 Beschäftigten aufgegeben.

"Auf Hochtouren" würden Funktionäre der IG Metall mit dem VW-Betriebsrat am Abbau Tausender Arbeitsplätze mitwirken. Dazu erklärte der VW-Personalvorstand Gunnar Kilian vor der Gewerkschaft: "Wir müssen unsere Kosten senken und mit weniger Personal auskommen." Die Altersteilzeit soll zum Stellenabbau eingesetzt werden. Betriebsratschefin Daniela Cavallo wolle den Abbau "sozialverträglich" gestalten.

Ford

Bei Ford in Köln sollen in den kommenden drei Jahren von 3600 Stellen in der Entwicklung rund 1700 abgebaut werden. Auch in der Verwaltung werden Tausende Arbeitsplätze aufgegeben. Schon in einem halben Jahr wird das Forschungszentrum in Aachen geschlossen. In der vergangenen Woche wurde am Standort Köln-Merkenich auf einer Betriebsversammlung mitgeteilt, dass "die gesamte Produktentwicklung am Standort Köln-Merkenich in eine eigene GmbH ausgelagert" werde. Dies sei in der Regel der erste Schritt, so der Kommentar von Gaisenkersting, "einen Betriebsteil zu schrumpfen oder abzustoßen".

In Saarlouis hatte Ford vor eineinhalb Jahren die Werksschließung angekündigt. Seitdem wickelt der Betriebsrat dort Arbeitsplätze ab. In diesem Jahr werden dort insgesamt 900 Beschäftigte ihre Arbeit verlieren, bis spätestens Mitte 2025 werden weitere 2850 Menschen bei VW in Saarlouis vom Stellenabbau betroffen sein. Nur 1000 Stellen sollen bis 2032 bewahrt werden.

Opel

Bei Opel und der britischen Schwestermarke Vauxhall habe sich der Absatz in den letzten sieben Jahren in Europa auf 428.000 Fahrzeuge fast halbiert. Nachdem Opel 2017 vom französischen Konzern PSA (Peugeot/Citroën) – inzwischen Stellantis – übernommen worden war, wurden auch bei diesem Konzern Tausende von Stellen gestrichen. In der vergangenen Woche wurde auch den 100 Beschäftigten der Designabteilung "Computer Aided Design" (CAD) in Videokonferenzen übermittelt, dass der Bereich dichtgemacht werde. Der Stellantis-Konzern will auch in Italien rund 15.000 von noch circa 45.000 Arbeitsplätzen abbauen. Opel werde eher kurz- als mittelfristig vom Markt verschwinden, schreibt Gaisenkersting dazu.

ZF Friedrichshafen

In der Zulieferbranche sieht es nicht besser aus. Der nach Bosch größte deutsche Zulieferer ZF Friedrichshafen spiele "derzeit alle möglichen Abbau-Szenarien durch, um die weltweit 165.000 Beschäftigten unter Druck zu setzen". Unter anderem drohe der Vorstand mit der Vernichtung von mehr als 7.000 Arbeitsplätzen im Werk Saarbrücken. Aktuell bauen dort noch rund 10.000 Beschäftigte fast ausschließlich Getriebe für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor.

Am Standort Eitorf bei Bonn werden alle 590 Arbeiterinnen und Arbeiter in den nächsten Jahren ihre Arbeit verlieren. Bei ihren 350 Kollegen in Gelsenkirchen, die dort bislang Lenkungen und Kabelbäume herstellen, endeten die Beschäftigungssicherungen zum Jahresende.

Mahle, Vibracoustic, Goodyear, Michelin und Continental

Auch der Kolbenspezialist Mahle (knapp 72.000 Beschäftigte Ende 2022) baue seine Produktion um. Das Unternehmen mit Sitz in Stuttgart hatte kürzlich erst seine gesamte Thermostat-Sparte mit rund 600 Arbeitsplätzen verkauft. Im brandenburgischen Wustermark wandelte der Konzern den Standort in eine GmbH um. Mahle könne diesen Standort aus dem Konzern herauslösen und verkaufen, habe die IG Metall mitgeteilt.

Mitte November erfuhren die 410 Beschäftigten von Vibracoustic in Weinheim, dass ihre Arbeitsplätze nach Frankreich und Indien verlagert werden. Bislang stellten sie Antivibrationssysteme aus Gummi sowie Luftfedersysteme in Deutschland her.

Von den zwölf Reifenfabriken hierzulande sollen vier in den kommenden Jahren geschlossen werden. Goodyear schließt seine Werke in Fulda und Fürstenwalde mit insgesamt 1.800 Beschäftigten. Michelin schließt bis Ende 2025 seine Lkw-Reifenwerke in Karlsruhe und Trier. In Homburg wird die Produktion von Neureifen und Halbfertig-Produkten eingestellt. Der Reifenhersteller Continental will im Verwaltungsbereich in Deutschland 1.000 Stellen abbauen.

Arbeiter und Angestellte werden massiv unter Druck gesetzt

Nach der Analyse auf *wsws* werden diese "Drohszenarien" sowohl von Werksleitungen als auch von Betriebsräten dazu genutzt, um sogenannte "Zielbild-Prozesse" über zukünftige Aufträge zu entwickeln. "Aufgrund dieser fiktiven Pläne werden den Beschäftigten dann massive Zugeständnisse abgepresst und angebliche "Standortsicherungsverträge" vereinbart, die das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben stehen." Zuletzt sei man auch mit den 5.500 Beschäftigten in der Nutzfahrzeugsparte am Traditionsstandort Friedrichshafen so verfahren. Sie stellen dort unter anderem Lkw-, Bahn- und Marine-Getriebe her.

* * *

Meinung

Fotografen und Visagisten statt Demokratie

<https://freedert.online/meinung/188719-fotografen-und-visagisten-statt-demokratie/>

01.12.2023

Man weiß es schon seit einiger Zeit von Annalena Baerbock oder Robert Habeck, aber auch der Rest der Bundesregierung legt viel Wert auf den schönen Schein. Zumindest, was die Abbildung der eigenen Person betrifft. Schein wie Sein des Landes sind eher zweitrangig.

Von Dagmar Henn

Image ist alles, Wirklichkeit nichts? Das könnte durchaus als Maxime der amtierenden Bundesregierung durchgehen; keine andere bundesdeutsche Regierung hat in so kurzer Zeit so viel Schaden angerichtet, nicht nur ökonomisch, auch, was das deutsche Ansehen in der Welt betrifft, das sich konsequent dem Nullpunkt nähert. Keine andere Bundesregierung hat das ganze Land derart konsequent der Lächerlichkeit preisgegeben wie die Regierung von Bundeskanzler Scholz, die im Grunde seit ihrem Schweigen zum Anschlag auf Nord Stream jede internationale Tätigkeit einstellen könnte. Von der ökonomischen Selbstentlebung wollen wir erst gar nicht reden.

Aber es gibt hübsche Bildchen. Außenministerin Annalena Baerbock barfüßig am Strand, Scholz beim Joggen im Park, und Wirtschaftsminister Robert Habeck in simulierter Nachdenklichkeit. Ein regelmäßig nachgefülltes buntes Fotoalbum, das mindestens ebenso sehr heile Welt vortäuscht wie einst die Familienfotos von Angelina Jolie und Brad Pitt.

Um ganze 80 Prozent sind die Ausgaben für derartige Aufhübschungsmaßnahmen gestiegen seit der Vorgängerregierung. Nur, damit ein wenig herumgemenschelt werden kann und nicht auffällt, dass die eigentliche Arbeit eben nicht erledigt wird. Verständlich, dass Baerbock, wenn sie schon nicht unfallfrei sprechen kann, wenigstens nett aussehen möchte. Wer nicht mit dem Verstand blenden kann, muss es eben anders probieren.

Der Druck nimmt schließlich zu. Echte politische Debatte ist nicht erwünscht, bei den meisten Themen sogar tatsächlich verboten, und bedeutende Entscheidungen werden zunehmend ohnehin in Washington oder Brüssel getroffen (wobei die Entsorgung einer gewissen Frau von der Leyen nach Brüssel, die einst dazu diente, Ex-Kanzlerin Angela Merkel mögliche Konkurrenz vom Leib zu schaffen, sich inzwischen böse an den Deutschen rächt). Wo es dann etwas zu tun gäbe, gibt es die verschiedensten Gründe, es nicht zu tun oder gar mögliches Tun aktiv zu verhindern; man denke nur an den Wohnungsmangel. Das Dumme ist nur, dass Politiker eigentlich dafür bezahlt werden, Politik zu machen, und durch den gegenwärtigen Zustand in gewisse Probleme geraten, ihre Position und ihr Einkommen zu legitimieren.

Da macht es sich ganz gut, wenn man Fotostrecken vorlegen kann, deren Hochglanzaura den abgebildeten Personen zumindest Bedeutung zuschreibt. Schließlich ist das Publikum längst darauf dressiert, Wichtigkeit an der Menge der Abbildungen zu messen. Wer regelmäßig in der Zeitung oder im Fernsehen erscheint, muss irgendwie wichtig sein. Und eine Zeit lang lässt sich inhaltliche Übereinstimmung durch Sympathie ersetzen. Erstere würde ohnehin voraussetzen, dass die Akteure selbst begreifen, was sie tun, woran man mit gutem Grund Zweifel hegen kann.

1,5 Millionen Euro wurden in einem Jahr für diese Werbebildchen ausgegeben. Fotografen,

Friseure, Visagisten. Eigentlich fehlen da noch die Drehbuchschreiber und die Regisseure für die Auftritte in Bewegtbildern, aber diese Hürde wird mit Sicherheit auch noch genommen. Wer weiß, mit dem richtigen Skript gelingt es dann womöglich selbst Olaf Scholz, so etwas wie Entschlossenheit vorzutäuschen. (Und kein Wunder, dass sich diese Personen so gut mit der Kunstfigur Wladimir Selenskij verstehen.)

Auffällig ist es natürlich schon, dass die Pflege der Wahrnehmung umso weiter in den Vordergrund tritt, je weiter das demokratische Leben dahinschwindet. Das hat auch nichts mehr mit dem Schlagwort der Postdemokratie zu tun, das vor einigen Jahren kursierte. Die Perfektionierung des Scheins ist die spiegelverkehrte Umsetzung des galoppierenden Verfalls des wirklichen Landes. Es fehlen nur noch kosmetische Operationen, aber Baerbock schafft bestimmt auch noch das, sollte sie mehr Zeit im Amt verbringen. Auf Kosten der Steuerzahler, versteht sich.

Im Grunde könnte man längst die Bezahlung der Regierungsmitglieder mit den Rundfunkgebühren fusionieren, als einheitliche Lügenabgabe gewissermaßen. Warum sich noch die Mühe machen, so zu tun, als ginge es um Politik? Das demokratische Bewusstsein, das in dieser Bundesregierung vorherrscht, und das sich immer wieder in den Aussagen beispielsweise zur Meinungsfreiheit zu erkennen gibt, scheint ohnehin nur einer Vorgabe zu folgen: in Schönheit sterben.

* * *

Russland hat Geld – den Europäern viel Glück!

<https://freedert.online/meinung/188714-russland-hat-geld-europaeern-viel-glueck/>

02.12.2023

In die Köpfe sowohl von Russen als auch von Europäern sind die Mythen vom verarmten Russland und vom reichen Europa tief eingebrannt. Die Realität sieht aktuell ganz anders aus.

Von Sergei Sawtschuk

Es gibt Mythen, die im Massenbewusstsein tief verankert sind. Weder die zentralisierte Propaganda noch Fakten noch die Realitäten vor den Fenstern in Russland einerseits und vor denjenigen der ins Ausland gegangenen Verwandten andererseits können sie ausradieren. Das zentrale Postulat dieser Mythen ist einfach und unkompliziert: Russland ist immer arm, während die westliche Welt vor Reichtum nur so strotzt.

Der Kampf gegen diese Mythen ist nahezu aussichtslos. Wenden wir uns dennoch den Zahlen zu, denn es ist ziemlich schwierig, sie zu bestreiten. Wie man in Russland sagt: "Tatsachen sind eine sture Angelegenheit". Nicht minder stur als eingefleischte Mythen.

In den europäischen Medien heißt es aktuell, die EU befinde sich in einem globalen Prozess des finanziellen Umdenkens. Experten, die auf der Landkarte gleich links von Smolensk leben, sind zu dem historischen Schluss gekommen, dass Brüssel schon im nächsten Jahr jegliche Energiesubventionen auf supranationaler Ebene streichen sollte. Wer es nicht mitbekommen hat: Die Finanzinfanterie sendet alarmierende Depeschen nach oben, dass Brüssel im Jahr 2024 das Programm der Zuweisung von Geldern für Ankerindustrien zurückfahren muss. Haushaltsgelder dürften nicht länger dazu verwendet werden, die Preisdifferenz für Energieressourcen, vor allem Strom, zu begleichen.

Finanzanalysten drängen die Europäische Union, bereits im November 2024 zu strengen Praktiken überzugehen, was bedeutet, dass das Haushaltsdefizit der Union drei Prozent des BIP nicht

überschreiten darf. Außerdem wird eine klare Grenze für die Höhe der Staatsverschuldung eingeführt. Die Auslandsverbindlichkeiten sollten 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten.

Während Sie dies lesen, beraten die Finanzminister der 27 EU-Mitgliedsstaaten aktiv über ein einfaches, aber sehr komplexes Thema: Wie kann die ausufernde Auslandsverschuldung eingedämmt und wie kann verhindert werden, dass die EU zu einem globalen Bettler und Dauerschuldner wird?

Und das ist kein Witz.

Allein in der vergangenen Woche kündigten die Autoreifenhersteller Michelin und Goodyear die Schließung ihrer Werke in Deutschland an. Diese zwei Konzerne geben vier Fabriken auf, in denen insgesamt rund 4.000 Menschen entlassen werden. Aus dem traurigen Duett wurde schnell ein Trio, als sich die Stimme des Autokonzerns Volkswagen hinzugesellte. Die deutschen Autobauer forderten die Regierung auf, die Energiekrise zu lösen, weil die Produkte des Flaggschiffs VW nicht mehr wettbewerbsfähig sind – vor allem im Vergleich zu chinesischen Herstellern. Die Besitzer des "Volksautos" fordern die Regierung auf, extrem hohe Zölle auf Autoimporte zu erheben und Geld in den Haushalt einzustellen, um die durch die steigenden Energiepreise verursachten Kosten auszugleichen.

Wie wir bereits wissen, raten die Analyseagenturen dem Team von Olaf Scholz, genau das Gegenteil zu tun, da sie sonst das vergessene Wort "kaputt" aus dem Gedächtnisschrank holen müssen.

Ob Manipulationen mit dem Haushalt da aus der Patsche helfen können?

Neulich hielt Olaf Scholz eine Grundsatzrede im Bundestag, in der er unter anderem behauptete, dass die aktuelle Haushaltskrise weder die Bürger noch die Wirtschaft betreffen würde. Die Antwort war ein donnerndes Gelächter der Abgeordneten, das durch einen Artikel der *Financial Times* mit dem Titel "House of Cards" Recht bekam, in dem es hieß, dass die Politik Berlins ein Haushaltsloch mit einem Durchmesser von 60 Milliarden Euro geschaffen habe. Dieser Betrag war in den Ausgleichszahlungen für 2023 enthalten, aber Olaf und sein grünes Team beschlossen, das Geld zurückzuhalten und erst im folgenden Jahr auszuzahlen. Das Bundesverfassungsgericht hielt diesen Schachzug für rechtswidrig und zog das Geld aus dem Konjunkturstabilisierungsfonds zurück.

Nur eine Woche zuvor hatte *Reuters* einen düsteren Artikel veröffentlicht, in dem Daten zitiert wurden, wonach das BIP der Eurozone zwischen Juli und September um 0,1 Prozent schrumpfte. Die Geldpolitik der Alten Welt selbst wird als am Boden liegend beschrieben und gibt vorsorglich jede Hoffnung auf eine positive Entwicklung im Jahr 2024 auf.

Hier wäre es äußerst angebracht, Dmitri Medwedew auf die Bühne zu holen mit seinem geflügelten (und ziemlich missverstandenen) Satz "Wir haben kein Geld, aber haltet durch".

Tatsache ist, dass unser Land, gegen das beispiellose Sanktionen verhängt wurden, einen beispiellosen Prozess durchläuft.

Westlichen Analysten zufolge ist der Anteil der Öl- und Gaseinnahmen an der Struktur des russischen Haushalts aktuell der niedrigste in den letzten 16 Jahren. Grund dafür sind die schon hundertmal erwähnten Sanktionen, die die russischen Kohlenwasserstoffexporte in eine äußerst problematische Lage gebracht haben. Während der Energiesektor zum Entsetzen aller Gegner mit dem Kopf gegen die plötzlich aufgetauchten Mauern anrannte, ging es in der übrigen russischen

Wirtschaft mit Elan aufwärts.

Russland, das dem kollektiven Westen an der ukrainischen Front praktisch im Alleingang entgegentritt, wird das laufende Jahr mit einem Haushaltsdefizit von nur einem Prozent abschließen. Während unser heimisches Finanzministerium mit seinem üblichen Pessimismus ein Defizit von zwei Prozent voraussagte und westliche Finanzexperten das ganze Jahr über den drohenden Bankrott Russlands beschworen haben.

Kürzlich sind neueste Zahlen der inländischen Industrieproduktion eingetroffen. Nach den Ergebnissen des Monats Oktober verzeichnete die russische Industrie einen Produktionsanstieg von 4,9 Prozent gegenüber September, und im Vergleich zum Oktober 2022 betrug das Wachstum 5,3 Prozent. Die verarbeitende Industrie verzeichnete ein Netto-Plus von drei bzw. 9,3 Prozent. Die Metallurgen können sich über eine Wachstumsrate von über 30 Prozent freuen. Der militärisch-industrielle Komplex als mächtiger Wirtschaftsmultiplikator gibt seine Erfolge nicht preis, aber es besteht der begründete Verdacht, dass die Produktionssteigerung dort nicht in Prozenten gerechnet wird, sondern auf ein Vielfaches des letztjährigen Ergebnisses gestiegen ist.

Zu erwähnen ist auch die heimische Zentralbank, die dank diverser Informationsscharlatane entweder als Zweigstelle der Freimaurerloge oder als Hinterzimmer des US Federal Reserve Systems gilt. *Politico* hat seine jährliche Rangliste der einflussreichsten Menschen der Welt veröffentlicht, und Elwira Nabiullina wurde zur "Zerstörerin Nr. 1" ernannt. Sie wurde mit dieser Bezeichnung geehrt, weil es ihr gelungen ist, alle Träume und Bemühungen des Westens zum Zusammenbruch des Rubels und der russischen Wirtschaft zu zerstören. *Politico* schreibt, dass die russische Zentralbank selbst vor dem Hintergrund eines schwächelnden Rubels und der Inflation zu einem Treiber ihrer eigenen Zahlungssysteme geworden ist, Hunderte instabiler Banken geschlossen und "riesige Finanzreserven" geschaffen hat.

Dies steht in krassem Gegensatz zu dem, was uns täglich von inländischen Panikmachern und ihren ausländischen Sponsoren eingetrichtert wird.

In diesem Zusammenhang kommt mir eine nette sowjetische Anekdote in den Sinn. Zwei alte Juden treffen sich, und der eine fragt seinen Freund, welche Zeitungen er gern liest. Letzterer antwortet, natürlich die ausländischen, denn in unseren steht, dass wir kein Paraffin haben, und in den ausländischen, dass wir die Welt beherrschen.

Sie werden mir zustimmen, dass diese Anekdote sehr aktuell ist.

Übersetzung aus dem Russischen. Der Artikel ist am 1. Dezember 2023 auf ria.ru erschienen.

* * *

Willy Wimmer: Demokratie ohne freie Presse geht nicht

<https://freedert.online/meinung/188760-willy-wimmer-demokratie-ohne-freie-presse-geht-nicht/>
03.12.2023

Auch die Pressefreiheit hat in der "Berliner Republik" einen Absturz hingelegt, wie man sich ihn vor ein paar Jahren noch nicht hätte vorstellen können. Unser Autor Willy Wimmer vergleicht die Rolle von RT für Deutschland mit der BBC in der Nazizeit.

Von Willy Wimmer

Demokratie ohne freie Presse geht nicht – der Satz muss nicht besonders begründet werden. Seit der Ausrufung der "Berliner Republik" kann man im eigenen Land bewundern, welchen koordinierten Absturz beide hingelegt haben. Dabei hatten noch Millionen Deutsche einige Jahre zuvor Hoffnung damit verbunden, dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beitreten zu können.

Viele, die noch die alte Bundesrepublik bewusst erlebt haben, kennen inzwischen nur noch die Erfahrung, dass die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" wie Sand zwischen den Fingern zerronnen ist. Dem Souverän ist die Souveränität abhandengekommen auf dem Weg zur Herrschaft der Nichtregierungsorganisationen.

Doha und seine Klimatagung mit seinen 70.000 Repräsentanten der neuen Weltordnung machen deutlich, wer das Sagen hat und die Geschicke für uns alle bestimmt. Da muss man sich fragen, wie lange Wahlen noch durchgeführt werden und wie die zurechtgezimmerten Regeln dafür aussehen.

Aufrechte Demokraten könnten in diesen Zeiten nur Trübsal blasen, wenn, ja wenn es *CNN*, *BBC* und *RT* nicht geben würde.

Manch einer kann sich noch an die Leuchtskala alter Radiogeräte erinnern. Auch an die Erklärungen, die dazu nach Deutschlands dunkler Zeit abgegeben wurden. Wo war während des Krieges "London" zu hören? Oder "Beromünster" aus der Schweiz, deren Nachrichten über die tatsächliche Lage Vertrauen in das Land als solches geschaffen haben?

In der tragischen Entwicklung, die Europa gerade nimmt, muss man das an die Adresse von *RT* sagen, und zwar in einem wichtigen Punkt. *RT* berichtet über Fakten und Absichten, die in der Luft zerrissen würden, wenn es ginge. Es geht aber nicht. Auch nach diesem Krieg werden wir zusammenleben müssen, jedenfalls dann, wenn Nachbarschaft noch zählt. Dann hat *RT* jedenfalls Standards gekannt, die in der Wolle gefärbte Anhänger von Presse in dunkler Zeit zu schätzen wissen.

Den Vogel schießen *CNN* und *BBC* ab. Die Ereignisse in Nahost nach dem 7. Oktober 2023 machen das deutlich. Das Trio berichtet über das ganze Meinungsspektrum in einer Art und Weise, wie man Pressefreiheit gekannt und für verteidigungswürdig gehalten hat.

Da kommen die unterschiedlichen Stimmen und Bewertungen zu Wort, durchaus vergleichbar mit dem mutigen Sender *Al Jazeera*, der aus den israelischen Gebieten ebenso wie aus Gaza, der Region und den israelischen Besatzungsgebieten berichtet. Da fällt sogar eine US-Administration auf, die neben der von ihr geschaffenen "regelbasierten Ordnung" noch eine Ahnung von den geltenden Regeln des Völkerrechts zu haben scheint. Jedenfalls so lange, bis ein deutscher Beauftragter "für dit un dat" sie in die gewünschte Ecke stellt.

Willy Wimmer ist Parlamentarischer Staatssekretär a. D. und ehemaliger Vizepräsident der

Parlamentarischen Versammlung der KSZE/OSZE (1994–2000).

* * *

Westliche Vorherrschaft im Technologiebereich ist vorbei: Entwicklungsländer übernehmen die Führung

<https://freedert.online/meinung/188834-westliche-vorherrschaft-im-technologiebereich-ist/>

04.12.2023

Da Sanktionen, Cyberangriffe und Überwachung von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren zunehmend eingesetzt werden, um sich gegen andere durchzusetzen, sollten ärmere Länder ihre Kräfte bündeln, um ihre digitale Zukunft ohne Souveränitätsrisiken zu gestalten.

Von Arvind Gupta

In den letzten Jahren haben wir eine weltweite Pandemie, geopolitische Konflikte, Unterbrechungen der Lieferketten und die Nutzung nichttraditioneller Aspekte der Wirtschaft, insbesondere der digitalen Wirtschaft, als Waffen erlebt.

Die Nutzung von Bankensystemen und digitalen Plattformen als Waffen, systematische Cyberangriffe und die Überwachung durch Telekommunikationshardware haben die Entscheidungsträger in der Digitalpolitik der Staaten und die Verantwortlichen für die nationale Sicherheit dazu veranlasst, eine Strategie zur Risikominderung zu entwickeln, um die Souveränität über den digitalen Bereich zurückzugewinnen.

Was wir mit der "Risikominderungsstrategie" meinen, ist die Entwicklung von vertrauensbasierten Partnerschaften, in denen wirtschaftliche Interessen, historische Verbindungen, gemeinsame Werte und die Wettbewerbsstärke der Partner dabei helfen, eine widerstandsfähige digitale Binnenwirtschaft zu sichern.

In diesen Partnerschaften definieren wir Vertrauen in einem breiteren Sinne, der es den Staaten ermöglicht, ihre nationalen Interessen zu verfolgen und gleichzeitig wirtschaftliche Sicherheit zu gewährleisten. In unserem Paradigma würden die Staaten diese Partnerschaften anstreben, um ihre unmittelbaren wirtschaftlichen Bedürfnisse auszugleichen, auf historischen Verbindungen aufzubauen, um ihre Beziehungen zu vertiefen, sich allmählich von Staaten zu distanzieren, bei denen ein Wertekonflikt besteht, und mit ihren Produktions- und Handelsfähigkeiten zu konkurrieren.

Eine weitere Möglichkeit für Staaten, sich eine souveräne digitale Zukunft zu schaffen, wäre, ihre Partnerschaften auf dem Fundament historischer Beziehungen aufzubauen. Wir beobachten auch Entwicklungen, bei denen Staaten ihre historischen Partnerschaften in neuen Bereichen vertiefen, um ihre Warenkörbe zu diversifizieren.

Indien und Russland unterhalten seit jeher enge Beziehungen in den Bereichen Nuklear-, Raumfahrt- und Verteidigungspolitik, doch nun werden wir Zeugen enthusiastischer Gespräche zwischen indischen und russischen Gesprächspartnern über die Zusammenarbeit in den Bereichen IT, Cybersicherheit und intelligente Städte. Anfang dieses Jahres untersuchte die zwölfte Sitzung der russisch-indischen Arbeitsgruppe für Wissenschaft und Technologie Synergien in den Bereichen Biotechnologie, künstliche Intelligenz, Quantentechnologien, cyber-physische Systeme, Ozeanographie, Medizin sowie Grundlagen- und angewandte Physik.

In den 2000er-Jahren waren Wirtschaftswachstum, individuelle Freiheit und globale Konnektivität die wichtigsten nationalen Prioritäten der Staaten. Wirtschaftswachstum und Konnektivität waren Anreize für die Staaten, ihre Volkswirtschaften für multinationale Unternehmen zu öffnen. Die Staaten erlaubten den großen Technologieplattformen, die Normen für deren Einsatz in der digitalen Welt festzulegen. Bald wurde klar, dass diese Plattformen ohne Rechenschaftspflicht gegenüber den lokalen Gesetzen operierten.

Böswillige Akteure nutzten diese Plattformen, um Desinformationen zu verbreiten und die öffentliche Meinung zu manipulieren. Leider wurden diese Plattformen von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren zum Erreichen ihrer geopolitischen Ziele eingesetzt. Die Zahl der Cyberangriffe auf Unternehmen, Regierungswebsites und Einrichtungen des Gesundheitswesens hat zugenommen.

Die steigende Anzahl der Fälle von Verletzungen des Datenschutzes durch die Nutzung von Social-Media-Plattformen haben die Regierungen dazu veranlasst, strenge Datenschutz- und Lokalisierungsgesetze durchzusetzen. Wenn Technologieplattformen im ständigen Konflikt mit staatlichen Werten wie Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Rechenschaftspflicht stehen, dann sehen wir einer Zukunft entgegen, in der diesen Technologieplattformen systematische Beschränkungen auferlegt werden, damit sie von der Gerichtsbarkeit des jeweiligen Staates aus operieren können.

Die Staaten fürchten eine zu starke Abhängigkeit von ausländischer Technologie für das Wirtschaftswachstum, da sie anderen Staaten asymmetrische Macht verleiht, die als Waffe eingesetzt werden kann, wenn die Beziehungen zwischen ihnen nicht auf einer soliden Grundlage stehen.

Neben der rein wirtschaftlichen Abhängigkeit, den historischen Verbindungen und den gemeinsamen Werten stellen wir fest, dass die Staaten ihre kombinierten Wettbewerbsstärken in den multilateralen institutionellen Rahmen einbringen.

Die digitale Welt hat keine anerkannten Grenzen, daher ist es schwierig, die Verantwortung für das Verhalten eines bestimmten schlechten Akteurs festzustellen. Die G20-Erklärung von Neu-Delhi ebnete den Ländern den Weg, die One Future Alliance zu akzeptieren, um die Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen in die Lage zu versetzen, Rahmen und Strategien zu entwickeln, um ihre digitale Zukunft ohne Souveränitätsrisiken zu gestalten. Darüber hinaus wurde der Schwerpunkt auf die Vereinbarung von Grundsätzen gelegt, die den verantwortungsvollen Einsatz von KI für das Gemeinwohl regeln und kleine Unternehmen und bäuerliche Gemeinschaften stärken sollen.

Das indische Modell der digitalen öffentlichen Infrastruktur (DÖI) gibt Staaten die Mittel an die Hand, das Beste aus privater Innovation und öffentlicher Rechenschaftspflicht zu verbinden. Im Gegensatz zu privaten Technologieplattformen bauen die indischen DÖI-Dienstleister in den kritischen Bereichen der digitalen Identität, des Zahlungsverkehrs, des Bankwesens und des Gesundheitswesens auf einer Open-Source-Architektur auf, um sicherzustellen, dass personenbezogene Daten von einer etablierten Behörde gespeichert werden.

Der Zugang zu diesen Daten wird mit der Zustimmung der Nutzer gewährt, wobei ein technisch-rechtlicher Ansatz der Datenermächtigungs- und Schutzarchitektur (DESA) zum Tragen kommt, der sicherstellt, dass die Daten der Bürger durch Gesetze geschützt sind und gleichzeitig privaten Unternehmen über anonymisierte und verschlüsselte Technologien kostengünstig für den Aufbau innovativer Modelle zur Verfügung gestellt werden. DÖI in Verbindung mit DESA haben es Indien ermöglicht, Souveränitätsrisiken und Innovationsinteressen der Wirtschaft auszugleichen.

Indien hat diese Einführungsstrategie als globales öffentliches Gut den Schwellenländern und entwickelten Nationen bei multilateralen und bilateralen Gesprächen angeboten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass eine Risikominderungsstrategie ein komplexer und vielschichtiger Ansatz ist, der darauf abzielt, die Vorteile der Eigenständigkeit und der Vernetzung miteinander in Einklang zu bringen. Sie erfordert eine systematische Planung, nachhaltige Investitionen und internationale Zusammenarbeit, um die Herausforderungen und Unwägbarkeiten des digitalen Zeitalters zu meistern und gleichzeitig die nationalen Interessen zu wahren. Wir sind keineswegs der Ansicht, dass eine Risikominderungsstrategie zu einer digitalen Autarkie führen würde, da dies den wirtschaftlichen Interessen der Staaten und den historischen Partnerschaften zuwiderlaufen würde. Der Ansatz der Risikominderung folgt der klassischen internationalen Theorie des Risikobewältigens und der Risikovermeidung.

Verschiedene Staaten würden dies auf unterschiedliche Weise verfolgen. In den Entwicklungsländern herrscht jedoch ein Konsens gegen die Instrumentalisierung nichttraditioneller Sicherheits herausforderungen als Waffen, wodurch die Sicherheitsdimension in die Gleichung aufgenommen wird. Die Staaten würden langfristige nationale Sicherheitsbedrohungen als wichtiger erachten als kurzfristige wirtschaftliche Interessen und eine Art digitalen Isolationismus mit einer klaren Forderung nach Vereinbarungen zur gemeinsamen Nutzung von Technologien und lokalen Produktionskapazitäten verfolgen.

Wir hoffen, dass diese Phase der Risikominderungsstrategie nur vorübergehend ist, da die Staaten multilaterale Foren wie BRICS+, die G20 und die SOZ nutzen würden, um diese Spannungen ab- und auf vertrauensbildenden Maßnahmen aufzubauen, um Souveränitätsbedenken auszugleichen und ein von KI angeführtes digitales Wettrüsten zu vermeiden.

Übersetzt aus dem Englischen, erstmals veröffentlicht vom Diskussionsklub Waldai.

Arvind Gupta ist Leiter und Mitbegründer der Digital India Foundation, einer politischen Denkfabrik, die in den Bereichen Technologiepolitik, digitale Inklusion, Ethik der KI, Lieferkettensicherheit und Steuerung kritischer und neu entstehender Technologien arbeitet.

* * *

Irrwege als Ausweg: Immer mehr Populisten gelangen an die Macht

<https://freedert.online/meinung/188934-irrwege-als-ausweg-immer-mehr/>

05.12.2023

Mit der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten hat ein neuer Typ von Politikern die Macht errungen, die sogenannten Populisten. Sie tauchen urplötzlich auf und erobern Mehrheiten aus dem Stand. Wieso werden sie gewählt und was sagt das über die westlichen Gesellschaften aus?

Von Rüdiger Rauls

Nicht alternativlos

Donald Trump war der erste der sogenannten Populisten, der die festgetrampelten Ablagerungen altgedienter Politik aufgebrochen hatte. Mit Populisten bezeichneten die Meinungsmacher jene Neuankömmlinge, die dem Volk vermeintlich nach dem Munde reden. Aber warum haben die anderen es nicht genauso gemacht? Warum also die Aufregung? Andererseits waren diese Vorwürfe nicht ganz unberechtigt – jedoch in anderer Hinsicht.

Denn die Populisten redeten nur. Um es volkstümlich auszudrücken: Sie klopfen große Sprüche. Waren sie aber an der Macht, machten sie es auch nicht anders als ihre Vorgänger. Allerdings hatten sie beim Namen genannt, wo vielen Leuten der Schuh drückte. Darin unterschieden sie sich von der alten Garde des politischen Betriebs.

Diese sagte im Gegensatz zu den sogenannten Populisten nicht das, was das Volk hören wollte. Die Altgedienten sagten das, was das Volk glauben und denken sollte. Sie trugen meistens ihre eigenen Ideen vor, von denen sie erwarteten, dass das Volk sich dafür interessieren müsste. Sie erklärten die gesellschaftlichen Vorgänge aus ihrer Sicht, um zu zeigen, dass ihre Politik alternativlos sei. Und aus diesen Sichtweisen leiteten sie ihre Vorschläge für alles Weitere ab.

Wenn diese aber nicht die Zustimmung der Wähler fanden, was sich in Stimmverlusten offenbarte, dann lag es nicht an ihren Vorschlägen. Denn diese konnten nicht anders als gut und richtig sein, so ihre Sichtweise. Fielen ihre Vorschläge beim Volk durch, dann lag es nur daran, dass sie schlecht kommuniziert worden waren. Letztlich bedeutet das aber, dass der Wähler zu blöde ist, die Qualität der Vorschläge zu erkennen.

Anders als die sogenannten Populisten schaute herkömmliche Politik gerade nicht dem Volk aufs Maul, wie es Luther einmal gefordert hatte. Eher war es so, dass man dem Volk über den Mund fuhr. Immer öfter waren die Menschen es leid, von den Meinungsmachern und Politprofis gemäßregelt zu werden. Aber sie protestierten nicht, sie wandten sich einfach ab.

Diese Art von politischer Bevormundung führte bei vielen Menschen zu einem wachsenden Desinteresse an gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Als Folge ging die Beteiligung an den Wahlen zurück. Zumal sich die Parteien kaum noch in ihren Aussagen unterschieden und ihr Personal nicht in seinem Auftreten.

Gemeinsamkeiten

Vieles haben die sogenannten Populisten untereinander gemeinsam. Wie die Volkstribunen der Antike kommen sie oft selbst aus jenem gesellschaftlichen Milieu, Donald Trump sogar aus der Oberschicht, die sie zu bekämpfen vorgeben. Sie erweckten den Eindruck, als wollten sie die unteren Klassen zum Kampf gegen die Herrschaft ihrer eigenen Klasse anführen.

So hatte Trump gegen das verkommene Establishment der USA gewettert und Giorgia Meloni, die Präsidentin Italiens, hatte der herrschenden Politik vorgeworfen, dass "Klientelismus und Parteibuch in Italien über Karrieren" entschieden. Javier Milei, der vor wenigen Tagen neu gewählte Präsident Argentiniens, wettet auf die von ihm als Kaste bezeichnete Führungsschicht des Landes. Nun wurde auch in den Niederlanden mit Geert Wilders ein sogenannter Populist mit seiner Partei für Freiheit (PVV) zur stärksten politischen Kraft gewählt.

Wenn sie sich auch alle in gewissen Feinheiten und Abstufungen unterscheiden, so eint sie doch untereinander und mit so vielen anderen Populisten, die noch nicht Regierungsmacht errungen haben (wie Marine Le Pen mit ihrer Front National), die Betonung der nationalen Souveränität. Im Bereich der Wirtschaft sehen sie sich als nationale Reaktion auf die Globalisierung der vergangenen Jahrzehnte und die Konzentration der Macht in nicht legitimierten Institutionen, wie beispielsweise der EU-Kommission.

Politisch verstehen sie sich besonders in den europäischen Staaten als Schirmherren und Beschützer nationaler und kultureller Identität. Sie wenden sich gegen Migration und Einwanderung, hier vor allem besonders gegen den Einfluss islamisch geprägter Kulturen. In den USA sieht man sich eher

einer Einwanderungswelle aus den Staaten Südamerikas ausgesetzt. Deren Kultur ist christlich geprägt wie die der USA selbst, weshalb der Kampf gegen den Islam von geringerer gesellschaftlicher Bedeutung ist als in Europa, eher ein Nebenschauplatz gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.

Wer hat Angst vorm starken Mann?

War bis vor wenigen Jahren noch die größte Angst der politischen Beobachter, dass der Zerfall der westlichen Gesellschaften den Ruf nach dem starken Mann wieder lauter werden lassen könnte, so zeigen die Wahlergebnisse der vergangenen Jahre etwas anderes. Zwar war mit Trump jemand auf den Plan getreten, der aufgrund seiner großkotzigen Auftritte noch am ehesten diese Befürchtung hätte bestätigen können. Aber an der Macht hat er sich als Maulheld herausgestellt. Selbst dem kleinen Raketenmann, wie er den nordkoreanischen Präsidenten Kim Jong-un herablassend bezeichnete, hatte er wenig entgegenzusetzen.

Die gesellschaftlichen Entwicklungen hin zum Zerfall der westlichen Demokratien bringen nicht den starken Mann hervor, sondern den wirren Mann, den großsprecherischen Volkstribun, den Maulhelden, den Kraftmeier, den wild zuckenden Pop-Politiker, der die Probleme der Gesellschaft mit der Kettensäge lösen zu können glaubt.

Diese Verwirrung ist keine Eigenschaft des alten weißen Mannes allein, wie die deutsche Außenministerin mit ihren Drohungen gegen Russland, China und andere Unbotmäßige unter Beweis stellt. Auch die deutsche Innenministerin offenbarte mit ihrem lächerlichen Auftritt bei der WM in Katar ein Höchstmaß an ideologischer Verblendung.

Verwirrung ist nicht geschlechtsspezifisch. Sie ist eine Erscheinung, die die Auseinandersetzungen in den Gesellschaften des politischen Westens hervorbringen. Verwirrung ist Ergebnis von Realitätsverweigerung. In der westlichen Werteorientierung spielt die Realität keine Rolle mehr, hier gilt nur noch der Geist und die Ideen, die er gebiert.

Denn es sind nicht nur die Populisten, die sich in wilden und wirren Ansichten über die Probleme der Welt ergehen und vorgeben, dafür ganz einfache und nachhaltige Lösungen zu haben. Noch stärker vertreten scheint dieses Denken bei jenen, die die Macht in den Händen halten und glauben, dass sich die Welt ihrem Willen, ihren Theorien und ihren Idealen zu beugen und zu unterwerfen habe.

Die Regierenden hätten die Möglichkeit zu realistischer Einschätzung der herrschenden Verhältnisse in der Welt, denn ihnen stehen die Erkenntnisse ihrer Geheimdienste und wissenschaftlichen Zuarbeiter zur Verfügung. Sie stehen in Kontakt mit den Gremien der Wirtschaft, mit den Medien und den Verbänden der Zivilgesellschaft, die ihnen über die Stimmungen im Lande die Augen öffnen könnten. Sie haben die diplomatischen Kontakte, um die Erwartungen, Einschätzungen und Forderungen anderer Nationen zu erfahren. Und vor allem sehen sie die Zahlen, die die Ergebnisse ihrer Politik widerspiegeln.

Aber auf all das scheinen die Regierungen des Wertewestens zu pfeifen. So wollen ihre Sichtweisen nicht der Wirklichkeit anpassen. Für sie scheinen nur die eigenen Ansichten zu gelten, das bockige und uneinsichtige Festhalten am eigenen Willen, den eigenen Vorstellungen von der Wirklichkeit und den einmal aufgestellten Theorien, wie der Forderung, dass die Ukraine den Krieg gewinnen muss und dass Putin dieses oder jenes einsehen muss.

Wenn also die Meinungsmacher und Regierenden diese Möglichkeiten zu sachgerechter Erkenntnis nicht nutzen oder deren Ergebnisse nicht wahrhaben wollen, wie viel Vernunft kann man da von den

sogenannten Populisten erwarten, die über all diese Zugänge nicht oder nur begrenzt verfügen?

Die Folge einer solchen Politik sind die Erfolge der Populisten, der wirren Männer. Aber diese kommen seltsamerweise noch eher zur Vernunft als die Uneinsichtigen. Offensichtlich sind es die uneinsichtigen, die rechthaberischen und ideologisch verblendeten, also die schwachen, nicht die starken Männer, die die Welt gefährden.

Seifenblasen gegen Hoffnungslosigkeit

Die großen Versprechungen der Populisten platzen schnell. Das ist gut, zeugt es doch von Realitätssinn. Was hatte Donald Trump vor der Wahl den Amerikanern nicht alles versprochen? Er wollte eine Mauer zu Mexiko bauen, um die Migration einzudämmen. Damit nicht genug: Er versprach den Amerikanern sogar, dass die Mexikaner sie selbst bezahlen würden.

Ob diese Mauer so, wie Trump sie vorgestellt hatte, inzwischen fertig ist? Klar ist aber: Die Mexikaner haben sie nicht bezahlt, sondern die Amerikaner mit wachsenden Schulden. Die meisten von Trumps Verheißungen und Drohungen sind nicht eingetreten. Sie sind zerplatzt an der Wirklichkeit. Und wo er sie umsetzen konnte, geschah das oft zum Schaden der Amerikaner, wie die Zölle auf chinesische Waren, die die Preise in den USA steigen ließen.

Nun kommt der Heilsverkünder Milei mit seiner Kettensäge und will die Gesellschaft damit zurechtstutzen. Die Hilfsprogramme für die Armen sollen weg, ebenso die Subventionen für Treibstoff, der doch die Wirtschaft noch am Laufen hält. Auch die Notenbank soll abgesägt werden und statt Peso im Wirtschaftskreislauf der Dollar zum Einsatz kommen. Der ist aber knapp in Argentinien, weshalb ja auch die Inflation so hoch ist.

All das könnte man als Ausscheidungen eines wirren Hirns ansehen, wäre Milei nicht Ökonom, was nicht gerade ein schmeichelhaftes Licht auf diese Zunft wirft. Denn als solcher müsste er wissen, dass für Argentinien Wirtschaft nicht sein Wille wichtig ist, sondern ob Investoren und Märkte, von denen Argentinien so abhängig ist wie kaum ein anderes Land, Vertrauen in seine Pläne haben angesichts solch wirrer Äußerungen.

Geert Wilders hat die Wahlen in den Niederlanden gewonnen. Diesen Erfolg verdankte er unter anderem seinen Drohungen gegenüber den islamischen Gläubigen in seinem Land. Er hatte in Aussicht gestellt, Moscheen und den Islam zu verbieten, als wären die Probleme moderner Gesellschaften mit solch einfachen und brachialen Mitteln zu lösen. Vielleicht glaubt er es sogar selbst, viele seiner Wähler jedenfalls waren davon begeistert.

Kaum ist aber der Argentinier Milei gewählt, rudert er schon zurück. Viele seiner angekündigten wirtschaftlichen Maßnahmen sind fürs Erste auf Eis gelegt. Bezüglich der Ablösung des Peso durch den Dollar scheint sich nun doch die Frage zu stellen, "ob die Marktsituation eine solche Lösung zulässt". Und inzwischen ist auch entgegen seinen reißerischen Ankündigungen die Schließung der Zentralbank ein "nicht verhandelbares Thema". Hätte man von einem Ökonomen nicht auch bereits vor der Wahl so viel Sachkenntnis erwarten können?

Auch Wilders, obwohl noch nicht im Regierungsamt, schwächt nun bereits seine reißerischen Ankündigungen ab. Die Maßnahmen gegen die islamischen Gemeinden seines Landes hat er erst einmal zurückgestellt. Lobenswerterweise stellt er die sozialen Probleme der Menschen in den Niederlanden jetzt in den Vordergrund: die Wohnungsnot, Probleme im Gesundheitswesen und der Altenpflege, besonders aber die Preissteigerungen der Inflation. All das waren aber schon Probleme vor den Wahlen und wären durch das Verbot von Moscheen und Islam nicht aus der Welt geschafft worden. Man hätte erwarten können, dass er das als altgedienter Politiker weiß.

Es stellt sich die Frage, ob Milei und Wilders und all die anderen Populisten wie Trump, Meloni und Le Pen es nicht besser wissen, dass besonders ihre Hetze gegen andere Volksgruppen die Probleme nicht lösen. Oder haben sie die Wähler bewusst getäuscht? Den Wählern aber scheinen angesichts der Unordnung und der Orientierungslosigkeit ihrer Regierungen wirre und schillernde Heilsverkünder immer noch lieber zu sein, wenn sie nur ein wenig Hoffnung versprühen. Denn gerade davon scheint es überall zu fehlen in den Gesellschaften des politischen Westens.

Rüdiger Rauls ist Buchautor und betreibt den Blog Politische Analyse

* * *

Corona-Aufarbeitung: Urteil Bundesverwaltungsgericht – "Harte Linie gegen Corona-Leugner"

<https://freedert.online/meinung/188968-corona-aufarbeitung-bundesverwaltungsgericht-harte-linie/>
06.12.2023

Im Rahmen einer schleppenden Aufarbeitung der sogenannten Corona-Krise offenbart sich erneut in medial-politischer Zusammenarbeit der negativ wertende Blick auf Maßnahmenkritiker. Die Süddeutsche Zeitung berichtet von einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. "Verschwörungsideologische Querdenker" gelten weiterhin als "Extremisten".

Von Bernhard Loyen

In der hiesigen Medienlandschaft findet man wenige bis gar keine Artikel zum Thema der juristischen Aufarbeitung von politischen Verantwortlichen, bezüglich der bewussten rigiden Einschränkungen von Persönlichkeitsrechten der Bürger in den Jahren 2020 bis 2022, da entsprechende Verfahren in Deutschland schlicht nicht existieren. Des Weiteren findet man nur sehr bedingt Beiträge etablierter Medien zur kritischen Aufarbeitung getätigter Aussagen von Politikern und Persönlichkeiten aus der Medien- und Kulturszene, die in verletzender und verleumderischer Art maßnahmenkritische Bürger im genannten Zeitraum verbal diskreditierten.

Speziell die *Süddeutsche Zeitung* (SZ) glänzte durch regelmäßige Artikel der "Wissenschaftsjournalistin" Christina Berndt mit Verständnis und Unterstützung für die einfordernde Politik. Belohnt wurde sie dafür mit dem Titel "Wissenschaftsjournalistin des Jahres 2021". Ein SZ-Artikel vom 4. Dezember 2023 trägt nun den Titel: "Justiz: Harte Linie gegen Corona-Leugner". Der Autor des Artikels ist Ronen Steinke. Steinke fiel in den "Corona-Jahren" ebenfalls als maßnahmenunterstützender Journalist auf, der in seinen Artikel regelmäßig sogenannte "Corona-Leugner" attackierte. UN-Sonderberichterstatter Nils Melzer erkannte diesbezüglicher Vorgänge am 27. Januar 2022 die Notwendigkeit, auf einen Artikel des Autors zu reagieren. Dieser trug den Titel: "Die fragwürdigen Methoden des Nils Melzer". Melzer möchte in dem offenen Brief festgestellt wissen:

"Obwohl die SZ-Redaktion auf die Mängel im ursprünglichen Artikel hingewiesen wurde, verweigerte sie ausdrücklich die Veröffentlichung einer Gegendarstellung oder Replik."

Eine ausgewogene Diskussion und Wahrnehmung von Stimmungen und Schwingungen in der Gesellschaft wurde nachweislich von einem Großteil kooperierender medial-politischer "Partner" konsequent abgelehnt. Melzers Kritik an den Darstellungen des SZ-Autors lautet unter anderem:

"Genauso wenig werde ich aber zum 'Corona-Leugner', 'Putin-Freund' oder 'Verschwörungstheoretiker', nur weil ich das brutale Niederwerfen, Zusammenschlagen oder Zerfleischen von wehrlosen Demonstranten durch westliche Polizeibeamte und deren Diensthunde anprangere."

Melzer bewertete zu jener Zeit dokumentierte brutale Ereignisse auf sogenannten "Corona-Demonstrationen", auf denen sich kritische und unter den Maßnahmen leidende Bürger der großen Einheitsfront der Maßnahmenunterstützung im Land aufrichtig entgegenstellten. SZ-Autor Steinke, promovierter Völkerstrafrechtler, informiert die Leser nun über ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. So heißt es im Artikel:

"Bei extremistischen Äußerungen von Staatsdienern dürfen Behörden schon seit vielen Jahren disziplinarische Maßnahmen ergreifen und sogar Personen aus dem Dienst entfernen. Nun ist dies erstmals auch bei Verbreitung von Corona-Verschwörungsideologien möglich."

Die bewusste Wortwahl gibt den roten Faden des Artikels vor. Steinke scheint sich zu freuen, dass die zitierte "Leitentscheidung" damit "Corona-Leugner unter bestimmten Umständen auf eine Stufe mit Rechtsextremen stellen" kann. Der SZ-Autor erklärt beruhigt:

"Und das bedeutet: Wer eine solche Gesinnung an den Tag legt, kann seine Position im Staatsdienst verlieren. Sei es als Lehrerin, als Polizistin oder auch als Soldat."

"Maßnahmenkritiker – Corona-Leugner – Gesinnungstäter", so lautet die juristische und journalistische Welt eines Ronen Steinke im Dezember des Jahres 2023. Das Urteil ist aus dem Juni 2023, "war aber zunächst unbeachtet geblieben und ist erst jetzt in der aktuellen Ausgabe der zweiwöchentlich erscheinenden *Juristenzeitung* eingehend besprochen worden", so Steinke darlegend. Der Fall beschäftigte sich mit einem "ehemaligen Hauptmann der Bundeswehr, der sich bereits im Ruhestand befand, aber weiterhin Bezüge erhielt". Was hatte dieser nun im Jahre 2020 verbrochen? Er verstieß gegen das neue juristische und politische Wortungetüm des Jahres 2021.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz schaffte im April 2021 für Staat und Bürger den neuen Phänomenbereich: "Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates". Eine kritische Stimmung hatte sich im Land kontinuierlich aufgebaut, diese hieß es nun zu unterbinden, zu beenden. Kritische Menschen dabei zu stempeln und verunsicherten Bürgern als Störer und potenziell kriminelle Gesinnungsträger zu verkaufen. Was hatte der Hauptmann a.D. schlimmes von sich gegeben? Steinke zitiert aus dem Urteil folgende Wahrnehmung des Mannes aus dem April 2020:

"Ich schäme mich für diesen Staat, dem ich über 30 Jahre treu gedient habe. Was lassen wir mit uns machen? Das ist das wahre Gesicht einer aufkommenden Diktatur."

Steinke meldet konform, dass das Bundesverwaltungsgericht, "konkret der 2. Wehrdienstsenat", nun entschieden hätte, dass "solche und ähnliche Kritik einen Verstoß gegen die dienstliche Pflicht zur Verfassungstreue darstellen würden. Der Staat dürfe den Ex-Offizier sanktionieren, indem er dessen Ruhegehalt kürzt". Die *Juristenzeitung* erläutert die erhebliche Tragweite des Urteils:

"Die inhaltlichen Ausführungen lassen sich nahtlos auf Beamtinnen und Beamte des Bundes und der Länder übertragen."

Kritische Bürger, die sich unter Klarnamen in den sozialen Medien zu Wort gemeldet haben, dürfen also erneut Sorgenfalten bilden. Die Zeit der individuellen Repression, der Verfolgung und

behördlichen Maßregelung muss noch nicht beendet sein. Der ehemalige Bundeswehrmitarbeiter hatte sich übrigens zuvor vor dem "Truppendienstgericht Süd", erfolgreich auf seine Meinungsfreiheit berufen. Steinke anscheinend weiterhin irritiert in seinem Artikel: "Dort hatte der ehemalige Hauptmann teilweise behauptet, er habe im Internet satirisch überspitzt – und im Übrigen einen legitimen Beitrag zur Debatte um die Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen geleistet".

Das Urteil zugunsten des Rentners wurde nun revidiert und korrigiert. Warum? Steinke zitiert:

"Der Ex-Offizier hatte die Corona-Politik der Bundesregierung wahlweise als "kommunistisch" wie auch "faschistisch" bezeichnet, hatte eine Fotomontage von Angela Merkel mit Hitlergruß geteilt (...) Er hatte 2020 über den Microsoft-Gründer Bill Gates und den damaligen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), einen gelernten Bankkaufmann, bei Facebook gepostet: "Die ganze Welt lässt sich von einem Software-Freak, der die Weltherrschaft übernehmen will, verarschen. Und wir in Deutschland lassen uns von einem Bankkaufmann unsere Menschenrechte nehmen. Sind wir denn alle bescheuert?"

Es finden sich auch andere Zitate aus dem Urteil, die möchte Herr Steinke aber den SZ-Lesern vorenthalten, da sie nicht so richtig in das "Gesinnungsprofil" eines "Corona-Leugners" passen. Wort Zitat des Angeklagten aus dem Urteil:

"Wir leben in einer Großfamilie und sind jeden Tag, viele Stunden für unsere Enkel, Kinder und deren Familie da, obwohl es von unseren Diktatoren verboten wird. (...) Bei 8 Enkelkindern und 4 berufstätigen Kindern gehören wir wohl zu einem Selbstmordkommando. Denkt bitte einmal nach, wie unsere gewählten Volksvertreter uns verarschen wollen. Sie wollen uns entmachten, einsperren, jegliches Zusammenleben verbieten."

Ein Zitat vom 3. Mai 2020 lautet: "Mit Klarnamen Bild gepostet, das eine ältere Person zeigt, die von zwei Polizisten eskortiert wird, versehen mit der Überschrift 'ein Bild sagt mehr als tausend Worte! Senioren, die auf die Straße gehen, um für ihre Rechte einzustehen, werden wie Schwerverbrecher abgeführt'. Genannte Zitate reichen aktuell aus, als justiziable Wahrnehmungen geahndet zu werden.

Der SZ-Autor schließt mit dem Satz: "Die Entscheidung, ihn dafür – zitierte Facebook-Beiträge – abzustrafen, ist rechtskräftig". Wer hat demgegenüber nichts zu befürchten? Die Politik unterstützenden Medienschaffenden. Die SZ titelte im Februar 2021:

[Screenshot]

Diese Formulierungen und Forderungen waren legitim, auch die Behauptung einer "Tyrannei der Ungeimpften". Es wurde beleidigt, beschimpft, verbal bespuckt und psychisch wie physisch ausgegrenzt, wie in den dunkelsten Phasen vergangener Zeiten des Landes. Eine glaubwürdige Aufarbeitung schaut anders aus, die fortdauernde juristische Verfolgung von kritischen Bürgern bleibt skandalös, wie auch das einsame Leid aller Menschen, ausgehend der rigiden Willkürpolitik aus Berlin, ausgeführt von gehorsamen Erfüllungsgehilfen in den Städten, Gemeinden und Kommunen quer durch das Land.

Zur erneuten regelmäßigen Erinnerung und Mahnung: Dass der unantastbare Lauterbach weiterhin vollkommen unbekümmert und ungestört seinem Tagwerk nachgehen kann und darf, bleibt der medial-politische Skandal des Jahres 2023.

* * *

Versager im Amt: Robert Habeck und das Schweigen des Mainstreams

<https://freedert.online/meinung/189128-versager-im-amt-robert-habeck/>

07.12.2023

Statt die deutsche Wirtschaft und den Wohlstand in Deutschland zu fördern, hat Wirtschaftsminister Robert Habeck Deutschland ruiniert. Doch niemand benennt das. Der Mainstream schweigt zu einem der größten Skandale der jüngsten Geschichte: dem Totalversagen des Wirtschaftsministers.

Von Gert Ewen Ungar

Die Menschen in Deutschland merken es. Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) ruiniert in seiner Eigenschaft als Wirtschaftsminister Deutschland. Es brodelt regelrecht unter dem Deckel, der vom deutschen Mainstream trotz allem noch immer dicht gehalten wird. Was sich jedem erschließt, bleibt in den großen deutschen Medien ungenannt. Robert Habeck versagt im Amt. Er ist ihm nicht gewachsen. Statt Krisen abzufedern, verstärkt er sie oder löst sie sogar aus. Robert Habeck ist eine Gefahr nicht nur für Deutschland.

Zum Beispiel der Verzicht auf russisches Gas. Er ist nicht ohne große Verwerfungen realisierbar. Dabei ist es ja nicht einmal so, dass es an Expertise fehlen würde. Bereits im März 2022, als sich die deutsche Politik kurz nach Beginn der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine in einem radikalen Rundumschlag aus der "Abhängigkeit von Russland" befreien wollte, wurde Wirtschaftsminister Robert Habeck vom Energieminister Katars, Saad al-Kaabi mitgeteilt, so einfach gehe das nicht. Habeck setzte auf Katar als zukünftigen Lieferanten von Flüssiggas und machte bei seinem ersten Besuch den berühmten Bückling vor dem Emir von Katar.

Der Energieminister Katars jedenfalls informierte den deutschen Wirtschaftsminister darüber, wie die globalen Energiemärkte funktionieren. Sie funktionieren nicht wie ein Supermarkt, in dem man aus einer breiten Palette das für sich passende Angebot auswählt. Es bedarf langfristiger Verabredung, denn das, was geliefert werden soll, muss erst erschlossen werden. Es steht nicht irgendwo im Lager. Das exportierende Land muss dazu investieren und möchte sicher sein, dass sich das Investment auch lohnt. Es ist daher an langfristigen Verträgen interessiert. Dass es erhebliche Zweifel an der Zuverlässigkeit Deutschlands als Geschäftspartner gibt, hatte Berlin gerade deutlich gemacht. Ein Konsortium hatte Milliarden in den Bau von Nord Stream 2 investiert, auf deren Inbetriebnahme Deutschland aus moralischen Überlegungen nun verzichten wollte. Verstärkt wird der Eindruck der deutschen Unzuverlässigkeit noch dadurch, dass Habeck behauptet, Putin habe das Gas abgestellt. Das ist eine Lüge.

Habeck wollte jetzt statt Gas aus Russland Gas aus Katar und bekam dort die Auskunft, dass das nicht gehe. Der deutsche Wirtschaftsminister kannte diese Zusammenhänge des globalen Energiemarktes ganz offensichtlich nicht. Habeck dachte, er fährt da mal hin, macht seine Herkunft geltend, gibt dann eine Bestellung auf und dann wird das Ding schon laufen. Diese Blauäugigkeit ist eigentlich schon ein Skandal für sich.

Doch statt die absolute Naivität des Kinderbuchautors in Ministerfunktion hinsichtlich der Funktionsweise der Energiemärkte zum Thema zu machen, wurde in deutschen Medien die Frage aufgeworfen, ob Habeck denn auch brav auf Einhaltung der Menschenrechte im Wüstenstaat gedrängt habe.

Die deutschen Medien zeigten sich damit noch eine Spur verträumter und realitätsferner als der Wirtschaftsminister selbst. Denn es musste eigentlich jedem klar sein: Habeck kam als Bittsteller und er machte es auch noch dringend. Da ist man schlicht nicht in der Position, Forderungen zu stellen. Später behauptete Habeck, er habe das Thema Menschenrechte sehr wohl angeschnitten, allerdings konnte sich in Katar niemand der Beteiligten daran erinnern. Darum drehte sich dann der mediale Streit. Hat er, oder hat er nicht? Deutscher Qualitätsjournalismus in höchster Vollendung beschäftigt sich mit Nebensächlichkeiten und Unwichtigem.

Verstärkt wird das Versagen des Wirtschaftsministers daher von einem umfassenden Medienversagen. In Deutschland wird zu den Minderleistungen des Ministers schlicht geschwiegen. Der deutsche Journalismus hat seine für das Funktionieren einer Demokratie wichtige Funktion aufgegeben. Es wäre seine Aufgabe, das Versagen Habecks zu benennen. Der Verzicht auf russische Energieträger ist für Deutschland nicht möglich. Er führt zu massiven Wohlstandsverlusten.

Doch zurück nach Katar. Dank der kompetenten Unterweisung durch den Energieminister wusste Habeck jetzt Bescheid. Auf dem Energiemarkt wird immer so viel produziert, wie abgenommen wird. Sich "aus der Abhängigkeit von Russland" zu befreien, ist ein langfristiges Projekt, das viel an Vorlauf und Planung braucht. Generell könne die Welt nicht auf russische Energieträger verzichten, gab der Energieminister dem Wirtschaftsminister mit auf den Weg. Der Verzicht auf russische Energieträger macht Energie für Deutschland teuer. Die deutsche Wirtschaft ist dann nicht mehr konkurrenzfähig. Es ist nicht so, dass Habeck das nicht wusste. Es wurde ihm gesagt.

Jeder weiß das, jeder sieht diese Zusammenhänge. Doch in Deutschland wird darüber nicht nur geschwiegen. Habeck lobt sich selbst noch dafür, Deutschland aus der Abhängigkeit von russischer Energie befreit zu haben und behauptet, alle negativen Vorhersagen seien nicht eingetreten. Auch das ist falsch. Sie passieren jetzt. Ein Journalismus, der Habecks Behauptung unhinterfragt stehen lässt, hat vor der journalistischen Aufgabe kapituliert. Warum ist das in Deutschland so?

Richtig verstanden zu haben, scheint Habeck nicht, was man ihm da in Katar mit auf den Weg gab. Denn in Deutschland wurden wie wild LNG-Terminals gebaut. Deutschland und die EU kauften darüber hinaus wie besessen alles auf, was es an Kohlenwasserstoff-Molekülen zu kaufen gab – zum Schaden der regulären Abnehmerländer. Es wird nicht mehr produziert, als verbraucht wird, sagte man ihm in Katar und Habeck ignorierte die Implikationen. Alles, was Deutschland und die EU kaufen, fehlt woanders. In Bangladesch und Pakistan beispielsweise. Dort kam es aufgrund der durch die massiv gestiegenen Preise ausgelösten Unterversorgung zu Strom- und damit zu Produktionsausfällen. Habecks antirussische Obsession führte zu umfassenden Mangel dort und damit zu einem massiven Ansehensverlust Deutschlands. Die Abneigung gegen Deutschland ist berechtigt.

Dass diese Länder die Russland-Sanktionen nicht umsetzen wollen, findet Habeck noch heute nicht nachvollziehbar. Denn es sind moralisch gute Sanktionen, glaubt er und mit ihm der eingebettete deutsche Journalismus. Was er dabei übersieht, ist, was er dort ausgelöst hat. Die westlichen Sanktionen und die deutsche Idiotie, auf russische Energie verzichten zu wollen, hat in anderen Ländern ganz konkrete Folgen für die dortige Wirtschaft und damit die Bevölkerung. Im Gegensatz zu Habeck versteht man dort auch die Zusammenhänge. In den Ministerien anderer Länder sitzt im Gegensatz zu Deutschland fachlich qualifiziertes Personal.

Deutschland hat mit seinem Russenhass anderen Nationen massiven wirtschaftlichen Schaden zugefügt. Dafür wird Deutschland einen Preis zu zahlen haben. Gäbe es in Deutschland funktionierenden Journalismus, dann würden diese Zusammenhänge beleuchtet. Habeck hätte längst gehen müssen, denn er ist nicht nur für die deutsche Wirtschaft, er ist für die Weltwirtschaft eine Zumutung. Er stellt ein enormes Risiko dar. Journalismus hat die Aufgabe, das zu benennen. In

Deutschland aber wird geschwiegen. Man igelt sich ein und pflegt eine eigene, sehr verschrobene Sicht auf die Welt.

Und die Liste der Habeckschen Stümpereien ist lang. Nach Katar kam die Affäre Graichen, Habeck duldete Seilschaften in seinem Ministerium. Konsequenzen hatte das für ihn keine. Das Heizungsgesetz ist per Gesetz verordnetes Chaos. Auch hier kommt Habeck ungeschoren davon.

Der Bundeswirtschaftsminister ignoriert Chronologie. Er verordnet den Deutschen den Ausstieg aus russischer Energie, setzt auf Erneuerbare und Wasserstoff, fängt aber erst nach dem Ausstieg aus russischer Energie an, die dazu notwendige alternative Energie-Infrastruktur aufzubauen. Das kann nicht funktionieren. Doch niemand benennt es.

All seine irren Projekte wollte er obendrein durch einen Buchungstrick finanzieren, indem er Gelder verschiebt und damit die Schuldenbremse umgeht. Er wusste, dass das auf tönernen Füßen steht. Jetzt ist das alles geplatzt. Das Verfassungsgericht hat ihm einen Strich durch die Rechnung gemacht. Die Deutschen werden mit Wohlstandsverlusten dafür bezahlen. Habeck sagt es ihnen sogar ganz offen – es passiert nach wie vor nichts. Das ist ein Skandal.

Warum ist Habeck noch im Amt? Das ist die große Frage. Und die zweite große Frage ist: Warum schweigen die deutschen Medien zum umfassenden Versagen Habecks? Er hat keinen einzigen Erfolg vorzuweisen. Ganz im Gegenteil, er hat Deutschland ruiniert und jedem Bundesbürger immense Kosten aufgebürdet. Warum bleibt es da so still? Diese Stille darf in einer Demokratie nicht sein.

* * *

Diese Auswahl von Texten, die *RT DE* im Dezember 2023 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf *RT DE* keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2023. Alle Rechte vorbehalten.